

Preis 10 Pf./20 Rp./20 Sch.

Eingetragen in die Postzeitungsliste

MOPR

ZEITSCHRIFT FÜR KAMPF UND ARBEIT
DER INTERNATIONALEN ROTEN HILFE

9. Jahrgang

ZÜRICH, DEZEMBER 1934

Nummer 12

INHALT

- Frank Walter: Der weiße Terror in den Kolonien und Halbkolonien als Schrittmacher des Krieges
Solidarität und Hilfe für die spanischen Klassenkämpfer
Vasp: Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten und die IRH
Tang Shin She: Internationale Kampfsolidarität in Sowjet-China
H. Grünwald: Im Kampf um das Asylrecht
Rüstet zur LLL-Feier
T. M.: Der spanische Terror und die Internationale Rote Hilfe
Weihnachtspakete für die politischen Gefangenen in Deutschland und Oesterreich
Fritz: Der Kampf um das Asylrecht in der Tschechoslowakei
Contreras: Einige Probleme der Einheitsfront
P. M.: Die Emigrantenfrage

AUS DER PRAXIS

- Die Thälmann-Befreiungsaktion in der Tschechoslowakei
Die Schulungsarbeit der Oesterreichischen Roten Hilfe
Die schwedische Sektion auf dem Wege zur Massenorganisation.
Die Arbeit der RH Polens unter den unterdrückten Nationalitäten
Die nationalen Kampagnen der südafrikanischen RH-Sektion

DOKUMENTE

- Eine Antwort der RH Spaniens an die Sozialistische Partei Spaniens

RÄTECHINA

Das erste Buch

über

„Räte-China“

Dieses Werk zeigt zum erstenmal, gestützt auf ein reiches, authentisches Material, die Entstehung der Rätebewegung in China, den Kampf der chinesischen Arbeiter und Bauern um ihre nationale und soziale Befreiung.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert:

- I. Teil: **Die Rätebewegung in China** (ihre Entstehung, die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen ihrer Entwicklung, usw.).
- II. Teil: **Materialien und Dokumente** (die Geschichte der einzelnen Rätebezirke, der I. Allchinesische Rätekongreß, usw.).
- III. Teil: **Die Feinde über die chinesischen Räte** (Bericht des Kriegsministers der Nankinger Regierung, Befehle und Reden Tschiang Kai Scheks, Bericht der Lytton-Kommission an den Völkerbund, u. a. m.).

Der reichhaltige **Anhang** des Buches enthält u. a. eine Chronologie der Rätebewegung in China und ein Sachregister, sowie als besondere Beilage sechs Karten von den chinesischen Rätebezirken.

Dieses erste Werk seiner Art vermittelt dem Leser somit ein treues und erschöpfendes Bild von dem heroisch kämpfenden Räte-China, das heute schon ein Sechstel des gewaltigen Landes einnimmt und bereits zu einem erstrangigen Faktor der Weltpolitik geworden ist.

Bestellen Sie darum sofort

«Räte-China»,

730 Seiten, in Leinen gebunden, Preis Fr. 6.—.

Ring-Verlag AG, Zürich 1
Hauptpostfach 351

m o p r

ZEITSCHRIFT FÜR KAMPF UND ARBEIT
DER INTERNATIONALEN ROTEN HILFE

9. Jahrg.

ZÜRICH, Dezember 1934

Nr. 12

Der weiße Terror in den Kolonien und Halbkolonien als Schrittmacher des Krieges

Von Frank Walter

In ihrem fieberhaften Wetttrüben zum Kriege richten die Imperialisten besondere Aufmerksamkeit auf die Aufrechterhaltung ihrer Gewaltherrschaft über die Kolonien und Halbkolonien. Sind doch diese Gebiete eine der Quellen, der sie u. a. die Mittel zur Finanzierung ihrer Rüstungsbudgets entnehmen. Dazu kommt noch, daß die Bevölkerung der Kolonialgebiete für den Imperialismus ein Reservoir für seine Armeen darstellt. Und schließlich sind diese Gebiete insbesondere an den Grenzen der Sowjetunion Aufmarschgebiete für einen kommenden Krieg gegen dieses Land, das allen Kolonialsklaven anschaulich den Ausweg aus imperialistischer Kolonialsklaverei zeigt.

Die wachsende Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen in den Kolonien und Halbkolonien macht immer größere Schichten der Arbeiter und Bauern zu den erbittertsten Feinden des Imperialismus und seiner Agenten, der eingeborenen Bourgeoisie und der Gutsbesitzer. In immer größerem Maße kommt die Radikalisierung der Werktätigen in den Kolonien und Halbkolonien in erbitterten Streikkämpfen, Revolten und Aufständen zum Ausdruck. Das veranlaßt die Imperialisten in ihren Kolonial- und Halbkolonialgebieten immer schärfere Methoden des weißen Terrors anzuwenden. Dieser weiße Terror in den Kolonien ist ein untrennbarer Bestandteil der imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Die wachsende Unzufriedenheit und Auflehnung gegen die imperialistische Gewaltherrschaft bedroht auch die Durchführung der imperialistischen Kriegspläne, macht das Hinterland und Aufmarschgebiet der Imperialisten in einem neuen imperialistischen Krieg unsicher.

Die furchterlichsten Formen nimmt der Terror in den an die Sowjetunion und Sowjetchina grenzenden Kolonialgebieten an. In der letzten Zeit sehen wir in allen diesen gegenwärtigen und zukünftigen Aufmarschgebieten, wie der weiße Schrecken immer hemmungsloser tobt. (Mandschurei, Nordchina, Nordindochina, Nordwestindien usw.)

Die Formen dieses Terrors sind vielfältig: von Ermordung und Folterung von Tausenden und Abertausenden Werktätigen und Versuche der Zerschla-

gung ihrer revolutionären Organisationen bis Strafexpeditionen und umfassenden militärischen Feldzügen gegen die unbotmäßige Bevölkerung.

Das Wüten des japanischen Imperialismus gegen die wehrlose Bevölkerung in der Mandschurei und Nordchina, in Korea und auf Formosa, steht im engen Zusammenhang mit dem Ziel der immer frecheren Provokationen gegen die USSR. In Nordwestindien, Afghanistan und Persien ist es auch nicht schwer, den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Verschärfung des Terrors gegen die werktätige Bevölkerung und bestimmten imperialistischen Angriffsplänen herauszufinden. Die Vorbereitungen zu einer Intervention gegen Sowjetchina von Nordindochina aus und die Kriegszüge der Kuomintang-Konterrevolution werden gleichfalls von einer ansteigenden Welle des weißen Schreckens begleitet.

Die Zahl der Opfer des weißen Terrors im Fernen Osten läßt sich nur schwer abschätzen, da der internationale und japanische Imperialismus und die Kuomintangregierung eifrig bemüht sind, keine Nachrichten über ihre blutigen Taten an die Öffentlichkeit durchsickern zu lassen. Dennoch geben selbst die vorliegenden Zahlen ein grauenhaftes Bild vom Umfang des weißen Schreckens im Fernen Osten. Die Zeitung «China Forum» in Schanghai stellt fest, daß es in China allein in den Jahren 1927—1932 eine Million Opfer des weißen Terrors gab. Hier sind die vielen Zehntausende nicht mit eingerechnet, die die japanischen Angriffe auf Tschapei und die sechs Kuomintangfeldzüge gegen die chinesischen Sowjets als Opfer gefordert haben. Für das Jahr 1933 weist die Statistik der IRH 432 000 Tote (einschließlich der Opfer in den Kämpfen der roten Streitkräfte gegen die Kuomintang und gegen die Japaner) und 259 837 Verwundete auf. Von den 108 000 Verhafteten, die statistisch erfaßt sind, wurden sehr viele im Kerker ermordet.

Im selben Jahre wurden in Indien, der wichtigen Kronkolonie Großbritanniens, im Zeichen eines «zivilisierten» Imperialismus, 1341 Werktätige ermordet, 7129 verwundet und über 75 000 eingekerkert. In Indochina, das unter französischer Herrschaft steht, wurden 308 ermordet, 2432 verwundet und 3146 verhaftet.

Von den politischen Gefangenen aller Länder, deren Zahl auf ungefähr 500 000 geschätzt wird, entfallen über 40 Prozent auf die Kolonien (Statistik Januar 1934).

Der Imperialismus schürt in den kolonialen und halbkolonialen Gebieten den Rassenhaß, stiftet nationale und religiöse Zwietracht, um die Werktätigen vom Klassenkampf und Antikriegskampf abzulenken, und um sich die Unterdrückung zu erleichtern (zwischen Armeniern und Arabern in Syrien, Hindus und Muselmanen in Indien, Arabern und Juden in Alger, was besonders kraß in den Ereignissen von Constantine zu Tage trat usw.) Gleichzeitig versucht der Imperialismus die Kolonialvölker gegen die Sowjetunion aufzubringen, indem er ständig verleumderische Gerüchte über die nationale Unterdrückung von Armeniern, Muselmanen, Juden usw. in der Sowjetunion austreut.

Wie sehr der weiße Terror in den Kolonien und Halbkolonialgebieten ein Stück Vorbereitung für den imperialistischen Krieg ist, zeigt die Tatsache, daß sich seine Spitze am schärfsten gegen die richtet, die direkt gegen den imperialistischen Krieg und seine Vorbereitungen kämpfen. In dieser Hinsicht gebührt Japan der erste Platz. Das berüchtigte Gesetz gegen die «gefährlichen Gedanken» sieht die Todesstrafe für jeden Angehörigen einer

Organisation vor, die eine Aenderung der «nationalen Politik» anstrebt. Der Absatz 36 dieses Gesetzes sieht für antimilitaristische Arbeit die Todesstrafe oder 20 Jahre Kerker vor. Mit dem militärischen Angriff Japans auf China im Jahre 1931 setzte eine sehr intensive Antikriegsarbeit in der japanischen Armee ein. Hunderte von Soldaten und Matrosen, sowie auch junge Kommunisten, wurden seit damals wegen Antikriegspropaganda erschossen. An einem einzigen Tage wurden in Tokio 107 Frauen wegen Antikriegspropaganda verhaftet. Sie gelten bis heute als «verschollen».

Den Werktätigen der Welt ist auch die grausame Behandlung der eingeborenen und holländischen meuternden Matrosen der «De Zeven Provincien» noch frisch in Erinnerung. Furchtbare Strafen haben die getroffen, die die militärische Sicherheit des holländischen Imperialismus zu bedrohen sich erküht hatten. Mit derselben Grausamkeit ging auch die Regierung von Chile gegen die Teilnehmer an der chilenischen Flottenrevolte vor.

Es ist unmöglich, in dem engen Rahmen dieses Artikels die zahlreichen Beispiele von Heroismus der Soldaten, Matrosen, Arbeiter, Bauern und Intellektuellen in den Kolonien und Halbkolonien anzuführen, die im Kampfe gegen Imperialismus und seine Kriegsvorbereitungen opfermutig ihr Leben hingaben. Sie alle fielen im Gedanken, daß sie nicht allein sind, daß hinter ihnen die revolutionären Werktätigen aller Länder stehen und daß für ihre Angehörigen und ihre gefangenen Klassenbrüder tätige internationale Solidarität wirkt.

Die Werktätigen der imperialistischen Länder mit den Werktätigen in den Kolonial- und Halbkolonialländern in tätiger internationaler Solidarität zu verbinden, das war das Ziel, das sich die IRH setzte, als sie den 12. Dezember, den Tag der Kantoner Kommune, zum internationalen Kampftag gegen den weißen Terror und für die Befreiung der Kolonial- und Halbkolonialvölker erklärte.

In diesem Jahre ist es unbedingt Pflicht der IRH-Sektionen, vor allem in den Mutterländern, den 12. Dezember zur größtmöglichen Förderung wirksamer internationaler Solidarität auszunützen. Dieser 12. Dezember muß ein Kampftag sein gegen den weißen Schrecken in den Kolonien und Halbkolonien als Schrittmacher des Krieges; ein Kampftag für die Verteidigung der Sowjetunion und Sowjet-Chinas, für die Befreiung der Rüeßs, der Scottsboro-Jungen, Angelo Herndons und gegen das Lynchsystem in den USA. Dieser Tag muß ein Kampftag für die Befreiung aller Opfer des weißen Terrors in den Kolonien und Halbkolonien sein.

Der 12. Dezember muß auch dafür ausgenutzt werden, um im breitesten Maße die internationale Delegation zur Untersuchung des weißen Terrorregimes in Kuomintang-China zu popularisieren und durch gesteigerte Sammeltätigkeit für diesen Zweck ihre Entsendung zu sichern.

An diesem Tage muß die Sammeltätigkeit für die Zehntausende von Opfern des Imperialismus in den Kolonien und Halbkolonien um ein vielfaches gesteigert werden.

In der 12. Dezemberkampagne müssen Tausende von neuen Kämpfern für die IRH gewonnen werden, die gewillt sind, mit der IRH dahin zu wirken, daß der weiße Terror in den Kolonien und Halbkolonien, ebenso wie der Faschismus, von der Erdoberfläche verschwindet.

Solidarität und Hilfe für die spanischen Klassenkämpfer

Für Brot, Freiheit und Land! In diesem Zeichen haben sich die Arbeiter Spaniens gegen ein Regime des Hungers und Elends, gegen die Lati-fundienbesitzer und Finanzmagnaten, gegen die Faschisten und Pfaffen erhoben. Sie sind in den Streik getreten, um den Vormarsch des Faschismus aufzuhalten, haben zu den Waffen gegriffen und wie Löwen gekämpft, um die Macht der Vergangenheit zu vernichten und die wirkliche Republik der Arbeiter und Bauern aufzurichten.

Unter dem Banner der «Alianza Obrera» (Arbeiter-Allianz), die die Einheit der Werktätigen verwirklicht, haben die werktätigen Massen Spaniens die heroischen Taten der Pariser Kommunarden wieder wachgerufen. Männer, Jugendliche und Greise, Kinder und Frauen stürzten sich in den Kampf, ungeachtet der Ausrüstung und der zahlenmäßigen Stärke des Feindes, suchten sie einander in Heldenmut und Aufopferung zu übertreffen. Wochenlang fesselten sie in Asturien die gesamten Land-, See- und Luftstreitkräfte des spanischen Imperialismus.

Die kommunistischen, sozialistischen und anarchosyndikalistischen Arbeiter (die anarchosyndikalistischen Arbeiter, die von ihren Führern, diesen der Lerroux-Regierung ergebenen wahren Bluthunden verraten wurden), haben Schulter an Schulter gegen die Kräfte der Konterrevolution gekochten. Das heldenkühne Proletariat Asturiens, durch Truppenkordons der Regierung vom übrigen Teil der Halbinsel abgeschnitten, hat am längsten Widerstand geleistet, hat die Sowjetmacht aufgerichtet und sich so geschlagen, daß selbst die bürgerliche Presse des Auslandes ihnen ihre Bewunderung zollen mußte und die spanische Bourgeoisie ein panischer Schrecken erfaßte.

Bis heute noch kämpfen tausende und abertausende asturische Bergleute, die sich in die Berge zurückgezogen haben, gegen den hundertfach überlegenen und «siegestrunkenen» Feind.

Die Kräfte der Konterrevolution wüten mit beispielloser Grausamkeit gegen die Massen, die sie für besiegt halten. Stets aufs neue erheben sich aber diese Massen im Kampfe für den nicht mehr fernen spanischen Oktober.

80 000 «Kriegsgefangene», 5000 Ermordete allein in Asturien. Tausende Verwundete (die amtlichen Angaben sprechen von 5000). Hunderte zum Tode Verurteilte. Tausende Waisen, Witwen und dem Hungertode preisgegebene Familien.

Die republikanische Regierung Spaniens hat gegen die Arbeiter alle ihre Truppen geworfen, die sie mit Haß und Alkohol trunken machte: Die Kolonialtruppen, die berüchtigte aus dem Abschaum der Gesellschaft zusammengesetzte Fremdenlegion und jenes Korps professioneller Mörder, das sich Zivilgarde nennt. Die «faschistische Phalanx» Primo de Riveras und Gil Robles diene als Polizeitruppe.

Die Reaktion hat keine Schonung geübt und wird keine Schonung üben. Aus allen Teilen Spaniens hören wir von Massenfaltern, «Selbstmorden» und Morden «auf der Flucht». Gleichzeitig erfindet die käufliche bürgerliche Presse Legenden von angeblichen Gewalttaten der Revolutionäre. Sie ahmt den Versaillern von 1871 nach und bewirft die glorreichen Gefallenen der asturischen Kommune mit Schmutz. Für die Mörder jedoch veranstaltet sie Geldsammlungen.

Die spanische Revolution ist aber nicht niederge-

schlagen. Sie marschiert vorwärts. Die umfassendste und weitgehendste Solidarität für die Werktätigen Spaniens muß organisiert werden. Die Internationale Rote Hilfe muß die materielle und moralische Unterstützung der zehntausende Opfer der Reaktion organisieren und leiten. In jedem Betrieb, in jeder Organisation, in jeder Ortschaft und in jedem Dorfe müssen Hilfskomitees geschaffen werden, die sich auf alle Arbeiterorganisationen, ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, stützen. Die von einer Reihe IRH-Sektionen bereits übermittelten 200 000 franz. Franken müssen der Auftakt zu einer großzügigen Sammelaktion sein. Kein einziger Gefangener, kein Verwundeter und kein Angehöriger der Gefallenen darf ohne Brot bleiben. Massendemonstrationen vor den spanischen Vertretungen im Auslande, Delegationen zu den Gesandtschaften und nach Spanien, Protestresolutionen und Telegramme, kurz alle in anderen internationalen Aktionen bewährten Methoden müssen auch bei der Solidaritätsaktion für das spanische Proletariat angewendet werden.

Man darf vor keiner Schwierigkeit und vor keinem Opfer zurückschrecken, um diese Solidarität möglichst vollkommen und wirksam zu gestalten. Wir müssen alles daran setzen, um unserer heldenhaften spanischen IRH-Sektion in ihrem Hilfswerk und in ihrem Kampf gegen den Terror des Klerikofaschismus zu helfen. Ihre Losungen müssen zu unseren werden. Die Forderungen, für die sie kämpfen, müssen zu Forderungen des internationalen Proletariats erhoben werden:

Heraus mit allen auf den spanischen Galeeren eingeschlossenen Gefangenen!

Volle Organisations- und Pressefreiheit für die werktätigen Massen Spaniens!

Sofortige Einstellung aller Verfolgungen gegen die Arbeiter!

Aktive Unterstützung der nationalen Freiheitsbewegung der unterdrückten Völker von Katalonien, Biskaya, Galicien und in den spanischen Kolonien!

Es lebe die internationale Solidarität! C.

Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten und die IRH

Von V a s p.

In dem Maße, wie sich die inneren und äußeren Gegensätze im Lager des Imperialismus verschärfen und die Kriegsgefahr wächst, steigert auch die Bourgeoisie der herrschenden Nation in den kapitalistischen Ländern die wirtschaftliche und finanzielle Ausbeutung, die politische Versklavung und die kulturelle Entrechtung der beherrschten Minderheitsnationen. Mit besonderer Wucht werden dabei die werktätigen Volksmassen und vor allem die Bauern der unterdrückten Nationalitäten getroffen, die in den meisten Ländern 60 bis 70 Prozent der Minderheitsnationen ausmachen.

Die ganze Welt ist heute Zeuge des grausigen Schauspiels, wo der spanische Imperialismus nahezu die Hälfte seiner Bevölkerung: die Katalanen, Basken und die Einwohner Galiciens selbst der elementaren nationalen Rechte beraubt, die sie in einem jahrzehntelangen opfervollen Kampfe der Bourgeoisie der herrschenden Nationen abgerungen haben. Das «Katalanische Statut», diese Katalonien von Madrid gewährte Scheinautonomie, wurde von den Bajonetten der spanischen Besatzungsarmee zerfetzt. Hunderte und Tausende Katalanen und Basken, die hel-

denkühn für ihre soziale und nationale Befreiung vom spanischen Joch gefochten haben, wurden bestialisch erschlagen; tausende dieser Freiheitskämpfer füllen die Kerker der spanischen Konterrevolution. Die bis aufs Blut ausgesogenen Kleinbauern Galiciens werden noch grausamer in das Joch der spanischen Gutsbesitzer gespannt.

In Polen preßt die faschistische Regierung den werktätigen Bauern der Westukraine und Weißrußlands das Mark aus den Knochen. Die Steuerlast, unter der die Bewohner dieser Gebiete stöhnen, ist so unerträglich, daß sie zu 70 Prozent zwangsweise eingetrieben werden muß. Die Arbeiter in diesen Gebieten werden doppelt und dreifach von ihrer eigenen Bourgeoisie, von der polnischen Bourgeoisie und ihren ausländischen Geldgebern ausgebeutet. In Westweißrußland wurden im Verlaufe der letzten zwölf Jahre 3477 Schulen geschlossen. Heute gibt es hier nur noch 123 weißrussische Schulen.

Gegen den mit immer größerer Macht aufflammenden nationalen Befreiungskampf in Polen werden alle Mittel des weißen Schreckens eingesetzt. Die Massenprozesse von Lusk und Kowek haben nur ein kleines Stück dieses Terrorregimes enthüllt. Gegenwärtig steckt die polnische Bourgeoisie im Bunde mit den Großgrundbesitzern und der verkommenen Adelsklique die Mehrzahl der revolutionären Freiheitskämpfer ohne formales Gerichtsurteil in das von aller Welt hermetisch abgeschlossene Konzentrationslager von Kartus-Bereza (im Sumpfgebiet Westweißrußlands).

In Rumänien wird der wirtschaftliche Druck auf die Arbeiter und Bauern sowie auf die werktätigen Intellektuellen der Minderheitsnationen vielfach durch Nationale Arbeitsgesetze, Zeitungsverbote und Sprachzwangsgesetze verstärkt. Die Bauern Bessarabiens, der Bukovina und der Dobrudscha befinden sich in einem Dauerzustand des Hungers und des Elends. Blutige Zusammenstöße zwischen revoltierenden ukrainischen, bulgarischen und ungarischen werktätigen Bauern einerseits und der Gendarmerie andererseits sind auf der Tagesordnung. Mit Hochdruck arbeiten die Kriegsgerichte gegen die Vorkämpfer der Werktätigen in den besetzten nationalen Gebieten.

In Jugoslawien vertreibt der serbische Imperialismus die albanischen, ungarischen und bosnischen Bauern zu Zehntausenden von Haus und Hof. Ein Terrorprozeß gegen nationale revolutionäre Kämpfer folgt dem anderen. Todesurteile und lebenslängliche Zuchthausurteile sind zu einer gewohnten Praxis dieser Kriegsgerichte geworden.

Der militärfaschistische Staatsstreich in Bulgarien brachte eine bedeutende Verschärfung des weißen Schreckens gegen die thrazischen und macedonischen Nationalrevolutionäre. Allein in dem von Mazedoniern bewohnten Petritschgebiet wurden im Monat September über 300 Nationalrevolutionäre verhaftet, gefoltert und ermordet. Unter den Ermordeten befindet sich der Führer der Nationalrevolutionären Bewegung Mazedoniens, Simeon Kawrakiroff. In dem von Griechenland beherrschten Ostmazedonien wurde ein General zum Präfekt ernannt, dessen Hauptaufgabe es ist, diese Gegend von Mazedoniern zu säubern.

Überall, in dem großen Völkerkerker Europa, wo in 20 Ländern mehr als 50 Nationalitäten in der Stärke von 45 Millionen das Joch der nationalen Knechtschaft tragen, entsprechen der verstärkten nationalistischen und chauvinistischen Agitation der imperialistischen Staaten verstärkte Verfolgungen und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die nationalen Minderheiten.

Wildtobender Chauvinismus und Nationalismus sind heute ein grundlegender Bestandteil der Ideologie des reaktionärsten Teils des Finanzkapitals geworden, das zur offenen und brutalen Gewaltherrschaft der Bourgeoisie übergehen will oder bereits übergegangen ist.

Überall versucht die Bourgeoisie Haß und Zwietracht zwischen den Werktätigen der herrschenden Nation und der beherrschten Nation zu säen. Sie versucht durch eine maßlose chauvinistische Hetze ihren eigenen Arbeitern die Ausweisung von ausländischen Arbeitern zu erklären (Frankreich). Sie entfesselt Pogrome gegen jüdische Werktätige, um die nichtjüdischen Werktätigen vom Klassenkampf abzulenken. Sie dingt Streikbrecher aus den Reihen unterdrückter Na-

tionalitäten, um bei den streikenden Arbeitern der eigenen Nationalität chauvinistische Leidenschaften zu wecken.

Die Bourgeoisie setzt sich mit ihrer chauvinistischen und nationalistischen Agitation und Propaganda das Ziel, das Klassenbewußtsein der werktätigen Massen zu trüben und breite Schichten des Kleinbürgertums, der Bauernschaft, der Jugend und teilweise auch der Arbeiter, insbesondere aber der Arbeitslosen, ihrem ideologischen Einflusse zu unterwerfen, **um ungestört einen neuen imperialistischen Krieg und einen Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten und die revolutionäre Bewegung der Werktätigen zerstören zu können.** Selbst in den Gefängnissen nimmt die Bourgeoisie eine Scheidung der politischen Gefangenen nach Nationalitäten vor und hetzt die politischen Gefangenen der einen Nation, sowie ihre Angehörigen gegen die anderen (Polen).

Angesichts des verschärften weißen Schreckens gegen die nationalen Minderheiten und der in Verbindung mit der erhöhten Kriegsgefahr verstärkten nationalistischen und chauvinistischen Agitation in allen kapitalistischen Ländern erwachsen den Organisationen der Internationalen Roten Hilfe mehr denn je gewaltige Aufgaben. Bei der Lösung dieser Aufgaben darf man sich nicht auf die zeitweise Durchführung von Einzelkampagnen beschränken, sondern muß planmäßig in der alltäglichen Arbeit die größte Aufmerksamkeit dem konkreten Kampfe gegen die nationale Unterdrückung schenken. Vornehmste Pflicht der IRH-Organisationen ist es dabei, die Werktätigen bei jeder Gelegenheit über das Wesen der nationalen und chauvinistischen Hetze als Mittel zur Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges und zur Vernichtung der revolutionären Bewegung, in einer systematischen Propaganda- und Agitationsarbeit klarzumachen.

Es gilt für die IRH-Sektionen, jede politische und kulturelle Freiheitsforderung der unterdrückten Nationalitäten tatkräftig zu unterstützen. Praktische internationale Erziehungsarbeit ist Gebot der Stunde. Verstärkung des Patenschaftswesens bei den Werktätigen der herrschenden Nation über politische Gefangene der beherrschten Nation, materielle, moralische und juristische Unterstützung der Opfer des nationalen Befreiungskampfes, Heranziehung von Vertretern der unterdrückten Nationen zu allen von der IRH geschaffenen Komitees gegen Faschismus, Krieg usw. Allseitige Unterstützung der politischen Emigranten nationalrevolutionärer Organisationen. Kampf gegen die Ausweisung von Wirtschaftsemigranten.

Praktische internationale Erziehungsarbeit leisten heißt aber auch, bei jeder Gelegenheit auf das Vorbild der Sowjetunion hinweisen, die keinen nationalen Haß und koloniale Sklaverei kennt, die über hundert Nationen freien Raum gewährt zu brüderlichem Zusammenwirken am sozialistischen Aufbau. Viele Nationen, die in der Sowjetunion sich in jeder Hinsicht materiell und kulturell frei entwickeln, sind in verschiedenen kapitalistischen Ländern Objekte der schärfsten Ausbeutung und Unterdrückung. Den Werktätigen dieser Nationen kann und muß gezeigt werden, wie die Angehörigen derselben Nation in der Sowjetunion leben und arbeiten. (Ukraine, Weißrußland, Armenien, Birobidshan, Republik der Wolgadeutschen usw.)

Die Sektionen der Internationalen Roten Hilfe können mit berechtigtem Stolz auf eine Reihe von Erfolgen bei ihrer Arbeit unter den Werktätigen der unterdrückten Nationalitäten hinweisen (Kampagnen anläßlich der Massenprozesse von Tatarbanar, des Hromada-Prozesses, der Prozesse von Lusk und Kowel, der Autonomistenprozesse in Elsaß-Lothringen, die Herausgabe von Literatur in der Sprache der Minderheitsnationen, der Kampf gegen den weißen Schrecken gegen nationale Minderheiten, die Förderung der Patronati usw., usf.). Diese Erfolge wurden aber nicht immer entsprechend organisatorisch verankert. Sie wurden nicht genügend zur Schaffung von IRH-Initiativgruppen in den Massenorganisationen der nationalen Minderheiten ausgenutzt.

Besonders schwach ist die internationale Erziehungsarbeit der IRH unter der Jugend und unter den Kindern sowie den Arbeitslosen, bei denen die Bourgeoisie die chauvinistische Agitation und Propaganda zielbewußt mit der ideologischen Vorbereitung des Krieges zu verbinden versucht. Hier tut schleuniger Wandel not.

Die Sektionen der IRH in den kapitalistischen Ländern können mit Vorteil

die erfolgreichen Methoden internationaler Erziehungs- und Verbindungsarbeit der IRH-Sektion der Sowjetunion studieren und, sinngemäß, ihren Verhältnissen angepaßt, anwenden.

Der nationalen Unterdrückung und chauvinistischen Hetze entgegenwirken, heißt ein gutes Stück Arbeit gegen die Kriegsvorbereitungen leisten. Das müssen sich die Sektionen der IRH stets vor Augen halten.

Internationale Kampfsolidarität in Sowjet-China

Von Tang Shin She

Seit ihrer Geburt, d. h. seit der Kantoner Kommune, ist die chinesische Sowjetrepublik Objekt der Angriffe der internationalen Imperialisten. Die Kantoner Kommune (Dezember 1927) und der Schanghaier Sowjet (Juli-August 1930) konnten nur durch die direkte Intervention der japanischen, britischen und amerikanischen Kriegsschiffe vernichtet werden. Den im Jahre 1931 begonnenen sechsten konterrevolutionären Feldzug Tschang-Kai-scheks gegen die chinesische Sowjetrepublik unterstützen die Imperialisten nicht nur finanziell und durch Waffen-, Munitions-, Flugzeug- und Tanklieferungen. Sie sind auch die unmittelbaren Initiatoren und Organisatoren dieser Feldzüge. Im Hauptquartier Tschang-Kai-scheks sitzen Hunderte deutscher Ratgeber und Militärspezialisten mit General von Seeckt an der Spitze. Auf den Schlachtfeldern kämpfen und wirken gegen die junge chinesische Rote Armee hunderte amerikanische, kanadische, deutsche und italienische Piloten, Mechaniker, Bombenflugzeugführer, Tankführer und Festungs- und Blockhausbaumeister. Kurz, der mit modernsten Mitteln der Technik geführte Kampf gegen die chinesische Sowjetrepublik, die Vernichtung von Dörfern und Feldern, die massenhafte Abschichtung der Bevölkerung und ihre Vergiftung durch Gasbomben, sei es an der Front oder im Hinterlande, ist mit das Werk der Imperialisten. Aus all diesen Gründen ist der Haß gegen die Imperialisten unter den chinesischen werktätigen Massen, insbesondere unter denen der chinesischen Sowjetrepublik, außerordentlich stark.

Mit dem steigenden Haß gegen die Imperialisten faßt auch der Gedanke der internationalen Kampfsolidarität in den Reihen der Rotarmisten, der Roten Partisanen, der jungen Garde und der Millionenbevölkerung des Sowjetgebietes immer fester Fuß. Die Rote Hilfe und die Liga gegen Imperialismus und zum Schutze der Sowjetunion sind die populärsten Massenorganisationen in Sowjetchina. 80 Prozent der Rotarmisten sind Mitglieder dieser Organisationen. Viele Rotarmisten, Partisanen und Pioniere tragen rote Armbinden mit der Aufschrift «Huan Di Yin Su», d. h. «Gegen den Imperialismus, schützt die Sowjetunion!» In jedem Rotarmistenklub, in den Dorfklubs und in den Schulen gibt es Rote Hilfe- und antiimperialistische Ligaecken. Häufig veranstalten beide Organisationen Wanderausstellungen. Auf diese Weise nimmt der Geist der internationalen Solidarität in Sowjetchina in einem ständig steigenden Maße lebendige Gestalt an.

«Nieder mit dem von v. Seeckt geführten Feldzug, für die Befreiung Thälmanns!» lautet die Parole der Roten Armee und der Bevölkerung Sowjetchinas gegen den 6. konterrevolutionären Feldzug. Der von General v. Seeckt ausgearbeitete Operationsplan zur Vernichtung der Roten Armee ist völlig gescheitert. Das 7. Rote Armeekorps hat den konterrevolutionären Ring durchbrochen, ist über die Grenze der Provinz Fantschan vorgerückt, hat sich an der Grenze der Provinzen Tschekiang-Kiangsi-Fukien mit der 10. Roten Armee vereinigt und hat dort ein riesiges nun von Sowjets und Partisanengruppen beherrschtes Gebiet erobert. Auch das 8. Rote Armeekorps hat den konterrevolutionären Ring durchbrochen, hat eine Verbindungszone über Hunan und Kuitschau bis Szetschuan geschaffen, wodurch die 2. und 4. Rote Armee in Szetschuan eine direkte Verbindung mit dem Zentralrayon erhalten haben. Die weißen Truppen in Szetschuan haben eine vernichtende Niederlage erlitten: 70 000 Soldaten wurden verwundet und getötet, 30 000 von der Roten Armee entwaffnet. Der Oberkommandierende der dort kämp-

fenden Kuomintang-Armee, General Liu Siang, ist geflohen. Im Kampf der Roten Armee gegen den 6. konterrevolutionären Feldzug ist somit eine große Wendung eingetreten: **die Rote Armee ist von der Defensive zur Offensive übergegangen.**

In den Sowjetrayons wurden in den letzten Jahren eine Reihe internationaler Kampagnen veranstaltet: die Kampagne gegen den weißen Terror in Japan, die Kampagne für die Befreiung der Neger von Scottsboro und die Kampagne gegen den deutschen Faschismus und für die Befreiung Thälmanns. Im Juli v. Js. hat die Rote Hilfe im Zentralrayon, wo die Mitgliederzahl der Roten Hilfe 600 000 beträgt, einen außerordentlichen Kongreß zur Einleitung der Kampagne gegen den Faschismus in Deutschland und zur Rettung Thälmanns einberufen. Der Kongreß hat Protesttelegramme an die deutsche Regierung und Begrüßungstelegramme zu Genosse Thälmann geschickt.

Anschließend an den Kongreß wurde eine große Sammelkampagne zur Unterstützung der Tausende in den Hitlerkerkern schmachtenden deutschen Proletarier veranstaltet. Es kamen z. B. alte Frauen, deren Männer oder Söhne durch faschistische Bomben getötet oder deren Hütten vernichtet worden sind, mit ihrem Haarschmuck zu den Sammelstellen und sagten: «Für die deutschen Arbeiter, die einen so heroischen Kampf gegen den Faschismus führen, will ich mein Letztes opfern!»

Das stinkend faule Regime der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie in Kuomintang-China wäre, wenn es nicht die aktive Unterstützung der internationalen Imperialisten genießen würde, schon längst von der chinesischen Roten Armee vernichtet worden. Die Werktätigen aller Länder müssen ihrerseits auch den Sowjetbürgern Chinas praktische und moralische Hilfe leisten. Eine solche Hilfe wird den Kampfgeist der chinesischen Roten Armee gegen die Angriffe der Kuomintang und der Imperialisten noch weiter stärken und zu ihrem vollen Siege über ganz China verhelfen. Aufgabe der Sektionen der IRH ist es, in allen Ländern im verstärkten Kampf und durch gesteigerte Solidaritätsaktionen für Sowjetchina alle Schichten der werktätigen Bevölkerung in diesen Kampf einzubeziehen und zu mobilisieren.

Im Kampf um das Asylrecht

Von H. Grünwald

Im Rahmen der Aufgaben der Sektionen gewinnt der Kampf gegen die Verfolgung und Ausweisung der Emigranten, der Kampf um das Asylrecht, für die verfolgten revolutionären Kämpfer immer größere Bedeutung.

Seitdem Hitler in Deutschland seine Blutherrschaft errichtet hat, hat sich ein Riesenstrom von Flüchtlingen in die angrenzenden Länder ergossen, deren Zahl heute auf 62 400 geschätzt wird. Auf Grund dieser Tatsache sah sich der Völkerbund im vergangenen Jahr gezwungen, einen «Hohen Kommissar», einen Herrn *James Macdonald*, für deutsche Flüchtlingsfragen einzusetzen. Ihm wurde ein spezieller Verwaltungsrat, dem Vertreter von 16 Regierungen und weitere 16 Vertreter von verschiedenen Organisationen angehören (darunter auch der Internationale Gewerkschaftsbund) beigeordnet. Nach 1½-jähriger Tätigkeit muß der «Hohe Kommissar» das Versagen des Verwaltungsrates in der Öffentlichkeit wie folgt zugestehen: «*Ich weiß besser als irgend jemand sonst, wie wenig wirklich getan worden ist.*» Diese vom Völkerbund eingesetzte Institution sollte die Massen vom Kampf für ein wirkliches Asylrecht abhalten. Das zeigt die Tatsache, daß solche Regierungen, die ihre Vertreter in diesem Verwaltungsrat haben, in ihrem Lande selbst die Politemigranten verfolgen und ausweisen. (Tschechoslowakei, Holland,

Schweiz, Frankreich usw.) und selbst nicht davor zurückschrecken, Emigranten an Hitler auszuliefern.

Gehetzt und verfolgt!

Mit der verstärkten Faschisierung in den kapitalistischen Ländern, mit dem immer stärker zum Ausdruck kommenden Kampfwillen der breiten Massen, wurde auch die Verfolgung der Politemigranten und in Verbindung mit Streikkämpfen die Ausweisung von Wirtschaftsemigranten außerordentlich gesteigert. So wurden im Juni 1934 in Holland durch die Ausführungsbestimmungen zum Asylrechtsgesetz die letzten Reste des vorhandenen spärlichen Asylrechtes überhaupt beseitigt. Mit offener Genugtuung meldete die deutsche Faschistengruppe die Ausweisung von 300 jüdischen Emigranten aus dem «demokratischen» Holland.

In Frankreich wurden in Verbindung mit Streikaktionen polnische Wirtschaftsemigranten massenweise ausgewiesen. Nach der Massenausweisung polnischer Bergarbeiter aus Le Forest folgten viele weitere Massendeportierungen.

In der Schweiz, wo es eine Asylrechtsgesetzgebung nicht gibt, dafür aber eine alte Tradition des Asylrechtes, werden nun auch, wie seit Jahren schon die italienischen Emigranten, die deutschen Emigranten verfolgt und gehetzt. Es gibt keine Woche, wo nicht Ausweisungen oder Ablehnungen der Aufenthaltsbewilligungen erfolgen. Dies meist unter dem Vorwand, der Emigrant hätte sich politisch betätigt, oder er habe unangemeldet Aufenthalt genommen. Gegen Emigranten, die als Revolutionäre bekannt sind, wird zum vornherein keine Aufenthaltsbewilligung erteilt. Während früher das Asylrecht so gehandhabt wurde, daß der Emigrant toleriert wurde und Arbeit annehmen konnte, ist ihm heute jede Arbeitsannahme verweigert. Die sozialdemokratischen Behörden stehen an der Spitze der Ausweisungen und die reformistischen Gewerkschaften unterstützen die Arbeitsverweigerung an Emigranten.

Im Lande des «Hohen Kommissars» des Völkerbundes für Flüchtlingsfragen, in den USA, werden Politemigranten nicht ins Land gelassen. An Streikkämpfen beteiligte Personen, die nicht in den USA geboren sind, werden deportiert, nachdem ihnen vorher die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. So wurden 1933 selbst nach amtlichen Angaben 19 365 Personen deportiert. (1930 waren es 16 631). Offen kündigt jetzt das Arbeitsministerium an, daß beabsichtigt sei, 200 000 «lästige Ausländer» aus den USA abzuschicken. Sehr viele Negerarbeiter wurden nach Lateinamerika, mexikanische Arbeiter nach Mexiko ausgewiesen. Gegen Politemigranten wendet man nicht nur in den USA, sondern auch in Kanada alte Gesetze über die Landstreicherei an. Chinesische Flüchtlinge werden und wurden in den USA verhaftet und mittels Kriegsschiffen an die Kuomintanghänger ausgeliefert.

Argentinien schiebt nach wie vor revolutionäre Emigranten in ihre Heimatländer ab. Bekannt ist die Deportation der 130 Emigranten auf dem Transportschiff «Chaco», das fast 14 Monate herumfuhr und Emigranten an Polen, Lettland, Italien auslieferte. Auf den Schiffen «Aurora» und «Neptun» lieferte Argentinien Emigranten an Mussolini, Pilsudski und Horthy aus, Kriegsflüchtlingen aus Bolivien wird das Asylrecht verweigert. Erst jetzt wird bekannt, daß 2000 indianische Soldaten aus Bolivien, die vom Kriegsschauplatz Paraguay-Bolivien nach Argentinien geflohen waren, auf Befehl der Regierung einfach niederkartätscht wurden. Auch in anderen südmamerikanischen Staaten ist die Ausweisungspraxis gang und gebe.

In den Balkanländern werden die Politemigranten von Land zu Land gehetzt, häufig verhaftet und ausgeliefert. In der Tschechoslowakei, auch ein Staat, der seine Vertreter im Verwaltungsrat für Flüchtlingsfragen hat, veranstaltet die Polizei in der letzten Zeit eine regelrechte Jagd auf deutsche Politemigranten. Drei rumänische Politflüchtlinge wurden ohne weiteres durch die Tschechoslowakei an die rumänische Siguranza ausgeliefert, Dennoch hat die tschechische Regierungspresse die Frechheit, zu behaupten, «Ausweisungen von Emigranten aus der Tschechoslowakei finden nicht statt».

Chinesische Revolutionäre, die von der Internationalen Polizei in den ausländischen Settlements in China verhaftet werden, werden ohne weiteres den chinesischen Kuomintanghägern ausgeliefert, zu Hunderttausenden werden chinesische Werktätige durch die japanisch-mandschurischen Behörden ausgesiedelt und nach Peking, Nanking und Tientsin zwangsweise abgeschoben.

Die Polizeibehörden einzelner kapitalistischer Länder arbeiten auf das Engste in der Verfolgung von politischen Flüchtlingen zusammen. So wurde seinerzeit der Pole Jan Paschin auf der Durchreise durch Lettland auf Anweisung der polnischen Ochrana im Zuge verhaftet und an Polen ausgeliefert.

Viele weitere Beispiele von Verfolgungen von Politemigranten, von Ausweisungen von Wirtschaftsemigranten, könnten angeführt werden. Sie zeigen den verschärften Terrorkurs gegen die Emigranten.

Beispiele des Kampfes gegen Ausweisungen.

Unter den Losungen «Keine Ausweisungen von Politemigranten! Kampf für ein wirkliches Asylrecht!» haben bisher die Sektionen der IRH den Kampf gegen Ausweisungen von Emigranten geführt. Dabei ist besonders in Frankreich durch die unteren Organisationen eine gute Initiative entwickelt worden. Auf jeden Ausweisungsfall wurde reagiert, wobei breite Massen mobilisiert wurden. Im Falle von Ausweisungen wurden Hilfskomitees geschaffen, so zum Beispiel in Billy Montigny bei der Ausweisung eines polnischen Bergarbeiters. Vor der Wohnung des betreffenden Arbeiters wurde eine ständige Wache organisiert. Eine Stafette hatte die Aufgabe, im Falle einer Verhaftung die gesamte Einwohnerschaft des Ortes zu mobilisieren. Wochenlang konnte so die Verhaftung des Arbeiters verhindert werden. Erst bei Nachlassen der Wachsamkeit verhaftete die Polizei den Auszuweisenden. Sofort wurde eine Protestdemonstration durchgeführt, die die Haftentlassung durchsetzte. Die RH in Thiers bildete anlässlich der Ausweisung von 4 polnischen Bergarbeitern ein Verteidigungskomitee, dem die Unitären Gewerkschaften, die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei, das Arbeitslosenkomitee und viele andere Organisationen angehörten. Demonstrationen wurden durchgeführt.

In Schweden verstand es die Sektion im Falle von Ausweisungen von Antifaschisten, unter Heranziehung von Gewerkschaften, Betrieben, Schulen und Intellektuellen, eine breite Massenkampagne zu entwickeln. Sie verstand es, in den Gewerkschaften die Diskussion von Ausweisungsfällen durchzusetzen und erreichte, daß die Gewerkschaften größere Geldsummen für die Versorgung der von der Ausweisung Bedrohten gaben. In einigen Fällen wurden Komitees geschaffen, denen außer der RH, Vertreter der Sozialdemokraten, Syndikalisten und Kommunisten angehörten. An die Regierung wurde mit den Unterschriften von lokalen Gewerkschaftsorganisationen versehene Schreiben gerichtet, die das Asylrecht für die Ausgewiesenen forderten. In

diesem Schreiben verpflichteten sich die Gewerkschaften, die Versorgung von Politemigranten für ein Jahr zu übernehmen.

Auch die dänische Sektion entwickelte eine bemerkenswerte Aktivität im Kampf um das Asylrecht, durch Presse, Versammlungen, Demonstrationen, Fahrradkolonnen mit Losungen für das Asylrecht usw. Durch ihre Aktivität verhinderte sie die Ausweisung vieler Antifaschisten.

Eine größere Aktivität ist in der letzten Zeit auch in der *Tschechoslowakei* festzustellen.

Mit der Asylrechtskampagne konnte die *RH Schweiz* noch nicht breite Massen mobilisieren. Sie beschränkte sich auf Protestversammlungen gegen die Ausweisungen, auf eine ziemlich lebendige Pressekampagne, aber in den Parlamenten wurden noch nicht klare Vorstöße gemacht, um das Asylrecht gesetzlich zu verankern.

Steigert den Kampf!

Das sind nur einige Beispiele aus verschiedenen Ländern. Entsprechend den verschärften Verfolgungen der Politemigranten muß die Kampagne wesentlich gesteigert werden, wobei alle Aktionen auf der Basis der breitesten Einheitsfront durchgeführt werden müssen. (Asylrechtskonferenzen, Schaffung von Asylrechtskomitees, Unterschriftensammlungen: für einige legale Länder breiteste Agitation für ein Asylrechtsgesetz, für das Demonstrationen und Versammlungen durchgeführt und Delegationen zu Behörden und Parlamenten entsandt werden sollen.) Es ist notwendig, nicht nur die eigene Presse, sondern darüber hinaus die Presse anderer revolutionärer Organisationen und selbst die linksbürgerliche Presse in den Dienst der Aktion zu stellen. Im Kampf um das Asylrecht muß es möglich sein, an breite Kreise des Mittelstandes heranzukommen und besonders die Intellektuellen in die Aktion mit hineinzubeziehen. In diesem Kampf gilt es aufzuzeigen, daß die SU als einziges Land der Welt den verfolgten revolutionären Kämpfern ein wirkliches Asylrecht gewährt.

Breitetester Massenkampf der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern muß den Verfolgungen der politischen Emigranten, den Ausweisungen der Wirtschaftsemigranten einen eisernen Widerstand entgegensetzen, muß den Verfolgten ein Asylrecht erkämpfen!

Rüstet zur LLL-Feier

Wieder jährt sich der Tag, an dem *Karl Liebknecht* und *Rosa Luxemburg* Mörderhänden zum Opfer fielen, jährt sich der Tag — an dem der große Führer des Weltproletariats *Lenin* starb.

Noch ist das große Werk, für das sie kämpften, nicht vollendet, mehr als je rast in den kapitalistischen Ländern blutiger Terror, fallen in den Kolonien hunderttausende dem Wüten der eigenen Bourgeoisie und der kapitalistischen Unterdrücker zum Opfer.

Karl und *Rosa* standen an der Spitze des deutschen revolutionären Proletariats, im Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Mit der Gründung des *Spartakus-Bundes*, mit der Schaffung einer revolutionären Partei in Deutschland, sind ihre Namen für alle Zeiten verbunden. Die unendliche Hingabe, mit der sie sich trotz Verfolgungen und Kerker für die Befreiung aller Unterdrückten einsetzten, das Opfer ihres Lebens nicht scheuend, ist eingeschreint in den Herzen der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die Tage des Januar sind

für uns nicht nur Erinnerung, sie sind Mahnruf, Aufruf, nicht nachzulassen, bis das Ziel erreicht ist, für das sie gestorben.

Jeder Tag lehrt uns, was *Lenin* für den Befreiungskampf der Werktätigen von jeder Ausbeutung, jeder Unterdrückung uns gegeben. Den Weg weist uns das Beispiel der Sowjetunion, die unter seiner großen Führung das Joch des Zarismus, das Joch der Bourgeoisie abwarf, die unter der Leitung seines größten Schülers, des Genossen *Stalin*, den Sozialismus aufbaut, den ersten Fünfjahrplan vollendet, den zweiten Fünfjahrplan siegreich durchführt.

Die Lehre Lenins ist keine Angelegenheit des russischen Proletariats, des russischen Bauern allein, sie ist Wegweiser und Richtschnur für die Werktätigen der ganzen Welt. Alle kapitalistischen Länder sind von den Schlägen der Krise getroffen, die kapitalistische Anarchie wächst von Tag zu Tag, die Ausbeutung und die Unterdrückung werden immer schlimmer.

Die Aufgaben der IRH als Organisation der internationalen Solidarität, als Organisation der Hilfe für die Opfer des Befreiungskampfes der Werktätigen sind mit der Verschärfung des Klassenkampfes ungeheuer gewachsen.

Mit dem Steigen der Krise hat die Bourgeoisie im Interesse der Erhaltung ihres Profits die Ausbeutung noch verstärkt, hat gegen die sich zur Wehr setzenden Massen ihre Unterdrückungsmaßnahmen hundertfach verschärft. Der faschistische Terror schwingt seine blutige Geißel über den Werktätigen. Mit Blut und Mord, mit Folter und Zuchthaus will die Bourgeoisie ihre wankende Herrschaft aufrechterhalten. Eine gerade Linie führt von dem Meuchelmord an *Karl Liebknecht* und *Rosa Luxemburg* über die Abschachtung von Zehntausenden in Deutschland durch *Noske* und *Ebert* zum blutbefleckten Hitlerregime, das sich anschickt, den Führer des revolutionären Proletariats Deutschlands vor sein Bluttribunal zu stellen.

Tausende sind in Deutschland gefallen, Zehntausende schmachten in Zuchthäusern und Konzentrationslagern. In Italien sind die Gefängnisse überfüllt, der Führer des italienischen Proletariats, *Gramsci*, siecht an Tuberkulose dahin, in Polen sind Konzentrationslager neu eingeführt.

Die *Scottsboro-Jungen* sind noch immer vom elektrischen Stuhl bedroht. Der Henker *Tschang Kai-schek* versucht durch immer blutigere Maßnahmen das siegreiche Vorrücken der Roten Armee Sowjet-China aufzuhalten. In Ungarn fordern die Horthybanden den Kopf *Rakosis*, den sie schon 8½ Jahre im Zuchthaus halten. Der Klerikofaschismus in Oesterreich übt unerbittliche Rache an den heldenhaften Februarkämpfern. Ueber 16 000 Antifaschisten werden in den überfüllten Gefängnissen und in den Konzentrationslagern gefangen gehalten.

Der japanische Imperialismus hat die Mandchurei und weitere große Gebiete Chinas besetzt, versucht mit barbarischen Mitteln den heldenmütigen Kampf der Partisanen niederzuzwingen, die wachsende Empörung im eigenen Lande niederzuhalten.

Aber alles Wüten des Faschismus ist vergeblich, die Arbeiterklasse, die Werktätigen, setzen sich immer mutiger zur Wehr, gehen von der Verteidigung zum Angriff über. Der heldenmütige Kampf des spanischen Proletariats, der Landarbeiter, der Kleinbauern dauert fort, trotzdem Zehntausende gefallen, Hunderttausende verhaftet sind.

In der ganzen Welt haben sich unter Führung der IRH die Werktätigen zusammengeschlossen, um den Angehörigen der Opfer, den politischen Gefangenen zu helfen. Zu helfen durch Sammlungen, durch Geld, um ihre ärgste Not zu lindern, zu helfen durch die Bekundung ihrer Solidarität, durch die Stärkung des Bewußtseins, daß sie nicht allein stehen, daß hinter ihnen die

ganze Arbeiterklasse, mit ihnen die Unterdrückten in allen Ländern stehen. Die Linienfront der Solidarität marschiert allüberall.

Unsere Organisationen müssen die Verbindung zwischen der internationalen L.L.L.-Kampagne und der Hilfsaktion im eigenen Lande herstellen, indem sie die seit Mitte November durchgeführte Winterhilfskampagne für die L.L.L.-Feiern als großen Schlußakkord ausklingen lassen. Das ist die beste Methode, der doppelten Aufgabe der IRH gerecht zu werden: den Opfern des Terrors zu helfen und den Gedanken des Internationalismus zu popularisieren.

Die L.L.L.-Gedenktage müssen zugleich zu einer gewaltigen Verstärkung unserer Antikriegsarbeit ausgenutzt werden.

Die Bourgeoisie weiß keinen anderen Ausweg aus der Krise, keine andere Ableitung des Befreiungswillens der Ausgebeuteten, als den Chauvinismus, als den imperialistischen Krieg. Immer drohender ballen sich die Kriegswolken am Horizont. Deutschland und Japan rüsten zum Ueberfall auf die Sowjetunion, deren sozialistischer Aufbau ihnen ein Dorn im Auge ist.

Die Lehre Lenins ist zugleich die Lehre des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, gegen den er die Massen der Werktätigen vor dem Krieg und vor allem im Weltkrieg aufrief unter der Parole «Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg».

Rosa Luxemburg war wegen ihres Kampfes gegen den Krieg fast die ganzen Kriegsjahre verhaftet. Karl Liebknecht rief als erster von der Tribüne des Parlaments mit all seiner Leidenschaft zum Kampf gegen das Völkermorden.

Wie könnte die IRH das Gedenken dieser Toten besser ehren, als durch verstärkten Kampf im Geiste Lenins, Karls und Rosas an der internationalen Solidaritätsfront und an der Front des Befreiungskampfes aller Werktätigen gegen faschistischen Terror und Krieg.

Das müssen die Roten Helfer, die Freunde der IRH begreifen. Nicht besser können sie das Gedenken Lenins, Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs ehren, als wenn sie es verstehen, diese Einheitsfront der Solidarität zu verstärken, zu führen, sie mit immer neuem Leben zu erfüllen, bis sie zu einer großen, gewaltigen Welle wird, die alle Widerstände, auch der Spalter, überwindet.

Der spanische Terror und die Internationale Rote Hilfe

Von T. M.

Die heldenhaften spanischen Revolutionäre, die vorübergehend von den vereinigten kriegerischen Kräften der Lerroix-Gil-Robles-Regierung überwältigt wurden, werden mit einer Grausamkeit und Unerbittlichkeit verfolgt, die nur mit dem von Versailles nach der Pariser Kommune eingesetzten Terror verglichen werden kann.

3000 Werktätige sind in Asturien in den ersten Tagen der blutigen Unterdrückung erschossen, 7000 Werktätige verwundet worden. Ist das alles? Nein! Die Wut der von Panik ergriffenen, blutigeren Bourgeoisie und ihrer Regierung gegen die spanischen Arbeiter, die es wagen konnten, ihre Ketten zu brechen und ihre eigene Arbeiterregierung einzusetzen, kennt keine Grenzen mehr.

«Wir werden euch alle niederschließen, wir werden weder Frauen noch Kinder verschonen.» Das war die Parole, die man während der blutigen Unterdrückung von der unheilvollen «4 Guardia Civiles», dieser Mördergarde der Arbeiter und Bauern, schreien hören konnte.

Und tatsächlich zeigt jede Handlung der unter Madrids Befehl stehenden bewaffneten Truppen, daß das von der Bourgeoisie erstrebte Ziel, vor allem in Bezug auf Asturien, die Ausrottung der Bergarbeiter war. Infolge der rücksichtslosesten Beschießung der Stadt Oviedo durch Flugzeuge, ist diese Hauptstadt von Asturien in Wirklichkeit zerstört. Männer, Frauen und Kinder, die nicht in der offiziell zugegebenen Zahl von 3000 mitbegriffen sind, wurden während der Beschießung der Stadt massenhaft niedergeschossen. In 3 Tagen wurden allein in Oviedo 1000 Menschen begraben. Was nun das kaltblütige Niederknallen der Opfer anbetrifft, so liegen hierfür folgende Angaben vor: In der Infanterie-Garnison von Oviedo wurden 700 Arbeiter unmittelbar nach der Wiedereroberung der Stadt erschossen. Das Erschießen von Arbeitern fand überall statt: auf den Verdecks von Kriegsschiffen, mitten auf den Straßen und Plätzen. Besonders gleich nach der «Einnahme» der asturischen Städte fand kaltblütiges Niederschießen der revolutionären Bergarbeiter überall, wo man sie nur finden konnte, statt. Sogar 8 Tage nach den Kämpfen in Asturien wurden in einem Krankenhaus Erschießungen verwundeter Arbeiter fortgesetzt. Das Blut floß buchstäblich in den Straßen von Oviedo nach der Uebernahme der Stadt durch die Regierung.

Und die Gefangenen? Ihrer schmachten über 40 000 in den spanischen Kerkern. In Madrid sind Tausende von Gefangenen zusammengepfercht auf der Arena (ein offenes Gebäude) dem Wind und Regen ausgesetzt. Hier hat man es mit keinen einfachen Verhaftungen zu tun. Dies sind regelrechte Kriegsgefangene, die die ganze Prozedur der Kriegsgerichte, welche bereits in den letzten Wochen Jahrhunderte von Zuchthausstrafen, außer den Todesstrafen, über die Arbeiter verhängt haben, durchmachen müssen. Ein Arbeiter in Asturien ist zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, nur weil er zu einem Offizier sagte: «Es ist eine Schande, was Sie da tun.» Von 10 bis 20 Jahren Gefängnis haben Arbeiter für die Verteilung von illegalen Flugblättern bekommen.

Und diese Schreckenswelle dauert an. Jeden Tag erreichen uns neue Berichte über neue Greuelthaten, neue Erschießungen, neue Massenverhaftungen. Die Liste der Opfer wächst ständig an. Die Zahl der Familien und Kinder, die vater- und obdachlos geblieben sind, steigt zu Tausenden. Mit Recht hat die Rote Hilfe Spaniens in einem ihrer ersten Aufrufe, gleich nach Einsetzen der blutigen Unterdrückungsherrschaft, geschrieben:

«Die Kinder derjenigen Arbeiter, die im Kampf für die Befreiung ihrer Klasse mit der Waffe in der Hand ihr Leben eingebüßt haben, müssen unter dem Schutz der Arbeiterklasse bleiben. Diese Kinder sind ein Bestandteil der ganzen Arbeiterklasse. Wir müssen ihnen die nötige Hilfe verschaffen. Es ist unsere Pflicht, uns dieser Kinder anzunehmen und zuzusehen, daß sie auch wirklich eine revolutionäre Klassenerziehung bekommen. Die Rote Hilfe Spaniens führt zu diesem Zweck eine nationale Kampagne durch, damit die Arbeiterklasse sich selbst der Kinder der ermordeten Arbeiter und derjenigen, die ihr Leben auf den Barrikaden gelassen haben, annimmt. Arbeiter! Die Kinder der braven Bergarbeiter Asturiens, die Kinder der spanischen Antifaschisten gehören uns. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie der Bourgeoisie und der Kirche preisgegeben werden!»

Trotz der äußerst schweren illegalen Bedingungen, unter denen die Rote Hilfe ihre Arbeit fortsetzt und trotz des schweren Schlages, der ihr von der Reaktion versetzt wurde (über 100 Gruppen sind zerstört worden, Dutzende von aktiven Mitgliedern der Roten Hilfe sind in Gefängnisse gekommen, unter ihnen auch einige Führer der Roten Hilfe), macht die RH Spaniens kolossale Anstrengungen, um die ungeheure Aufgabe, die ihrer harret, zu erfüllen. Die unmittelbarste, dringendste Aufgabe der Stunde ist die Hilfe für die spanischen Gefangenen, ihre Familien und Kinder. Mit dieser Aufgabe muß sofort begonnen werden. An alle Arbeiter, an alle Werktätigen ist ein Appell um Hilfe gerichtet worden. In «Combate», der spanischen RH-Zeitung, dessen erste Nummer nach den Oktoberereignissen am 1. November illegal erschien, richtet die Zeitung folgenden Appell an die Werktätigen aller Richtungen:

«Die Terrorwelle muß durch eine Massenaktion, die den Kampfwillen der

Arbeiter aller politischen Richtungen zum Ausdruck bringt, angehalten werden. Es ist dringend notwendig, gegen diesen Terror in organisierter Form vorzugehen. Dies ist der Grund, warum die RH so hoch das Banner des Kampfes für die Einheitsfront der revolutionären Solidarität mit allen antifaschistischen Opfern hält.»

Die RH-Sektionen aller Länder auf ihrem Kampfposten für die spanischen Opfer.

Die Erfahrungen, die die Rote Hilfe in den vielen Jahren ihrer Kampfexistenz erworben hat, haben ihr eine Reife und Kühnheit verliehen, dank welchen sie rasch eine Solidaritätsaktion für die revolutionären Opfer der spanischen Reaktion durchführen konnte. Im Vordergrund dieser Aktion steht die RH Frankreichs, deren Aufgaben größer als diejenigen der anderen Sektionen sind, seitdem sie auch für die spanischen Flüchtlinge, die vor den blutbefleckten Henkern ihrer Regierung flüchten mußten, zu sorgen hat. Der großzügige Solidaritätsgeist des kämpfenden Antifaschismus der werktätigen Massen Frankreichs hat die Durchführung dieser großartigen Hilfsaktion für die spanischen Opfer ermöglicht. Dem mächtigen Strom der Einheitsaktion gegen den Faschismus folgend, ist eine große Sammlungsaktion eingeleitet worden. Delegationen, die aus Arbeitern verschiedener politischer Richtungen und aus antifaschistischen Intellektuellen zusammengesetzt sind, besuchen die spanische Gesandtschaft und Konsulate und verlangen, daß mit dem Terror in Spanien ein Ende gemacht wird. Auch wird das Asylrecht für die antifaschistischen spanischen Flüchtlinge angefordert. Komitees für Asylrecht sind in vielen Gegenden Frankreichs organisiert worden. Ein Volks-Komitee wurde auf Initiative der RH Frankreichs geschaffen, dem 17 Organisationen angehören, darunter die Sozialistische Partei des Seine-Departements. 5000 antifaschistische Intellektuelle haben sich diesem Hilfskomitee angeschlossen, sodaß auch namhafte Persönlichkeiten dem Komitee angehören. Protesttelegramme überschweben die spanischen Behörden. Auch in den anderen Ländern haben die RH-Sektionen keine Zeit verloren. Spanische Fonds sind von den meisten RH-Sektionen gebildet worden. Die belgische RH gab eine Extra-Ausgabe ihrer Zeitung, während die blutigen Ereignisse in Asturien noch dauerten, heraus. Spendenlisten für die spanischen Opfer sind in vielen Ländern von tausenden RH-Mitgliedern in Umlauf gebracht. Resolutionen und Solidaritätsgrüße für die heldenhaften spanischen Arbeiter und Bauern werden auf Massenmeetings und Arbeiterversammlungen angenommen.

Dem Appell des EK der Internationalen Roten Hilfe folgend, haben die Sektionen die ersten Spenden von insgesamt 200 000 französischen Franken gezeichnet und die Sammlungen laufen weiter. Es ist dringende Pflicht aller Roten Helfer, diese Sammlung auf breitester Basis durchzuführen und weitere Beträge abzuliefern. Einheitshilfskomitees müssen in allen Ländern geschaffen werden, die breite einheitliche Solidaritätsfront in Frankreich muß beispielgebend für alle Länder sein.

Die Wunden, die die Konterrevolution den heldenhaften spanischen Arbeitern zugefügt hat, sind sehr tief. Die spanischen antifaschistischen Massen haben ihren wundervollen Kampfgeist behalten. Sie wissen, daß trotz der vorübergehenden Niederlage der Endsieg über ihren Klassenfeind, über den Faschismus, nicht ausbleiben kann. Doch benötigen sie heute die Hilfe der Antifaschisten, die Hilfe ihrer Klassenbrüder von der ganzen Welt.

Groß ist die Verantwortung, die heute auf den RH-Sektionen lastet. Das Leben tausender spanischer Gefangenen, tausender spanischer Flüchtlinge, spanischer verfolgter Arbeiter hängt von der Gewalt der Protestaktion der Massen ab, die die RH-Sektionen zusammen mit der ganzen Arbeiterklasse und allen antifaschistischen Organisationen durchzuführen hat.

Weihnachtspakete für die politischen Gefangenen in Deutschland und Oesterreich

Als praktischen Ausdruck der internationalen Verbundenheit werden in diesem Jahre vor Weihnachten Lebensmittelpakete aus den an Deutschland und Oesterreich grenzenden Ländern an die antifaschistischen politischen Gefangenen geschickt.

Voll Verlogenheit proklamiert die Bourgeoisie die Weihnachten als das «Fest der Liebe und Versöhnung». Die Hitler-Mörder organisieren den großzügigen Schwindel der sogenannten «Winterhilfe», in Wirklichkeit eine Hilfe für die Staatskasse, die unter dieser Devise die Massen durch «freiwillige Spenden» ausplündert. Eine Hilfe für die Nazibonzen und Korruptionisten, die täglich hohe Beträge dieser «Winterhilfe» unterschlagen.

Besonders trieft die Schuschnigg-Regierung «vor Liebe» in den Dezembertagen im Hinblick auf die Weihnachten — auf das Fest der Nächstenliebe —. Aber in beiden Ländern werden die «Volksgenossen» Hitlers wie die «Brüder» Schuschniggs zu Weihnachten zu Hunderttausenden in den Konzentrationslagern und Gefängnissen schmachten, werden hunderttausende Familie «das Fest der Liebe» in Hunger und Not, in kalten Stuben verbringen. Diesen gefangenen Antifaschisten, den Helden und Märtyrern des Befreiungskampfes und ihren Familien gilt es, die wirkliche Liebe der werktätigen Massen über alle Grenzen hinweg zu zeigen.

Kein politischer Gefangener und keine ihrer Familien darf zu Weihnachten ohne Lebensmittelpaket bleiben, das ist unsere Losung in diesem Jahr. Deshalb stellt die Internationale Rote Hilfe in den Mittelpunkt ihrer Kampagne «Weihnachten der politischen Gefangenen» die Sammlung und Absendung von Lebensmittelpaketen nach Deutschland und Oesterreich. Diese Aktion wird unter Kontrolle der Öffentlichkeit durchgeführt; die Spender sollen wissen, daß die Rote Hilfe alles tun wird, um ihre Gaben wirklich den Opfern zuzuführen. Deshalb werden in den Ländern Frankreich, England, Holland, Belgien, Schweiz, Schweden, Tschechoslowakei, Dänemark, wo die Lebensmittelpakete gesammelt werden, Delegationen der Werktätigen gewählt, die die Spenden persönlich nach Deutschland bzw. Oesterreich — Schweiz und Tschechoslowakei werden Lebensmittelpakete nach Oesterreich schicken — führen und im Namen der Weltöffentlichkeit verlangen, daß ihnen die Möglichkeit geboten wird, diese den Opfern zu übergeben.

Es liegt nun an den Sektionen der an Deutschland und Oesterreich angrenzenden Länder, diese Aktion, die bereits in Angriff genommen ist, mit aller Energie und auf der breitesten Basis der einheitlichen Solidaritätsfront durchzuführen und dafür zu sorgen, daß die Delegierten ihrer Länder die Grüße der Werktätigen der Welt an die politischen Gefangenen zu Weihnachten überbringen und ihnen die Lebensmittelpakete als Beweis der praktischen Solidarität und Sympathie aller Antifaschisten mit unseren tapferen Genossen in den faschistischen Ländern übergeben.

Der ganze Monat Dezember steht daher im Zeichen der breitesten Geld- und Lebensmittelsammlungen für die Opfer des antifaschistischen Freiheitskampfes. Kein politischer Gefangener, kein Opfer des faschistischen Terrors ohne Lebensmittelpaket zu Weihnachten!

Der Kampf um das Asylrecht in der Tschechoslowakei

Von Fritz.

Von einem Asylrecht für proletarische Emigranten kann in der Tschechoslowakei niemals die Rede sein, es sei denn, daß es sich um russische Weißgardisten oder um sozialdemokratische Führer vom Schläge Wels, Stampfer, Bauer und Genossen handelt.

Fast täglich ereignen sich Fälle von Verhaftungen politischer Emigranten. Nur dank der ständigen Wachsamkeit der tschechischen Arbeiterschaft, der ständigen Mobilisierung der Massen im Kampfe um das Asylrecht konnte die Auslieferung der politischen Emigranten an die faschistischen Henker immer rechtzeitig, zumindest in den meisten Fällen verhindert werden.

Einige Beispiele, die hier wiedergegeben, zeigen, mit welcher schäbigen Methoden die Behörden des sozialdemokratischen Innen- und Justizministers arbeiten, um sich der «lästigen» Emigranten zu entledigen.

Die reichsdeutsche Emigrantin Pineke wurde ohne jeglichen Grund verhaftet. Bei einer Leibesvisitation fand man bei ihr eine AIZ. Obwohl man bei einer Intervention eines kommunistischen Abgeordneten erklärte, daß man in keinem Fall politische Emigranten an ihr Heimatland ausliefern, hatte man die Genossin Pineke schon an die Grenze, zur Auslieferung bereit, geschafft. Obwohl die Genossin Pineke energisch gegen ihre Auslieferung protestierte, erklärte der verantwortliche Regierungsvertreter, daß die Genossin Pineke selbst den Wunsch der Auslieferung zu Protokoll gegeben hätte! Auch sollte die Auslieferung auf Antrag der deutschen Behörde erfolgen, wegen eines «kriminellen Verbrechens». Beides wurde bei wiederholten Interventionen von den Behörden als Schwindel zugegeben. Die Genossin Pineke wurde von der Grenze darauf nach Prag zurückbefördert und sitzt gegenwärtig im Polizeigefängnis. Sie soll in den nächsten Tagen an die Grenze eines anderen Landes abgeschoben werden.

In der Nähe der österreichischen Grenze, in Wallern, wurden 30 Schutzbündler wegen revolutionärer Ansichten von der sozialdemokratischen Lagerleitung aus einem Emigrantenlager ausgeschlossen. In Böhmischem Budeweis wurden 22 Schutzbündler ausgewiesen und an die Grenze abgeschoben. Auf Grund von Protesten und Interventionen wurde ihre Freilassung erreicht und man versprach auch, gegen sie nicht mehr vorzugehen. Ein Teil dieser Emigranten kam nach Gbell, wo sich die Arbeiterschaft ihrer annahm und sie unterstützte. Wenige Tage später wurden sie neuerdings verhaftet und ihnen erklärt, daß sie ausgewiesen seien. Auf wiederholten Protest wurden sie wieder frei gelassen und ihnen eine dreitägige Frist gegeben.

In der Ausweisungsbegründung stand folgender unerhörter Passus:

«Sie haben sich geweigert, sich der Hausordnung und der Disziplin zu unterwerfen und wurden deshalb aus dem Lager ausgewiesen. Sie vagabundieren entgegen den gültigen Gesetzen und Vorschriften durch das hiesige Staatsgebiet, ohne jegliche Mittel zu ordentlicher Ernährung.»

Die Polizeiamter beriefen sich dabei auf die Leitung der Sozialdemokratie. Es ist auch eine Tatsache, daß die SPTsch auch der Initiator der Ausweisung der österreichischen Emigranten ist.

In Kbely sollten 5 Schutzbündler mit der Begründung, daß sie vagabundiert hätten, ausgewiesen werden. Die Nachricht von ihrer Verhaftung verbreitete sich blitzschnell unter der Arbeiterschaft und rief eine ungeheure Empörung unter der ganzen Bevölkerung von Kbely hervor, bei der die 5 Schutzbündler sehr beliebt waren. Eine Deputation von 8 sozialdemokratischen und unorganisierten Arbeitern intervenierte beim Innenministerium in Prag und erreichte die sofortige Freilassung und Zurücknahme der Ausweisung.

In Prag wurden vor wenigen Wochen in der Emigrantenküche 5 reichsdeutsche Emigranten verhaftet. Auf Grund mehrfacher Intervention wurden sie nach 14tä-

giger Haft freigelassen. Innerhalb drei Tagen sollten sie das Land verlassen. Die Verhafteten wurden bei dem polizeilichen Verhör geprügel.

Fast am gleichen Tage der Freilassung dieser 5 Emigranten in Prag wurden in Reichenberg während der Unterstützungsauszahlung auf dem Emigrantenkomitee 8 reichsdeutsche Emigranten verhaftet. Auf sofortige Intervention beim Innenministerium wurden sie tags darauf wieder freigelassen. Auch in Brünn und an anderen Orten wurden reichsdeutsche Emigranten verhaftet. Seit sieben Monaten sitzt in Reichenberg ein reichsdeutscher Emigrant in Haft.

Soweit wie Verhaftungen von Emigranten bekannt wurden, setzte sofort der Protest durch die Komitees, die Betriebe, durch Studenten und große Teile der Bevölkerung ein. Trotz Versprechen des Innenministers, daß keine Emigranten an ihre Heimatbehörde ausgeliefert werden, sind Fälle bekannt, wo reichsdeutsche Emigranten durch Gendarme direkt der SA übergeben wurden. In Verbindung mit der Kampagne für die Befreiung Thälmanns wird auch die Kampagne für das Asylrecht der politischen Emigranten verstärkt weitergeführt. In Prag wurden für die Verhafteten allein innerhalb zwei Tagen 2000 Unterschriften gesammelt und dem Innenministerium übergeben.

Eine neungliedrige Kommission der Prager Studenten intervenierte beim Innenministerium für die Freilassung der politischen Emigranten und für das volle Asylrecht. Die Liga für Menschenrechte erließ einen Aufruf, der auch durch eine große Anzahl von bürgerlichen Zeitungen gegangen ist, der von einer Anzahl namhafter Persönlichkeiten unterzeichnet war, indem sie sich gegen die ständigen Verhaftungen und gegen die Ausweisung der politischen Emigranten einsetzt.

Auch die Betriebe werden mobilisiert. Am 8. September fand in Prag eine Konferenz der Patenschaften der Betriebe und Vororte Großprags statt, welche beschloß, am darauffolgenden Dienstag eine Deputation an die verantwortlichen Behörden zu entsenden und durch Sammlung von weiteren Unterschriften ihrem Protest gegen die systematische Liquidierung des Asylrechts größeres Gewicht zu verleihen. In den Prager Betrieben werden die Maßnahmen gegen die Emigranten, sowie die Gegenmaßnahmen aller Schichten der Bevölkerung lebhaft diskutiert und die Losungen für den Kampf um das Asylrecht fallen auf fruchtbaren Boden.

In allen Orten und Betrieben wird jetzt eine breite Aktion für ein volles Asylrecht entfesselt. Überall werden Unterschriften gesammelt, Protestversammlungen durchgeführt, Resolutionen und Deputationen zu den Behörden geschickt.

Der Kampf um das Asylrecht wird zu einer immer breiteren Volksbewegung werden. Die Emigranten in der Tschechoslowakei werden geschützt und so wird auch der Heldenkampf der deutschen und österreichischen Arbeiterschaft gegen den Faschismus vorwärts getrieben und in Verbindung damit die Legalität der Roten Hilfe erkämpft!

Einige Probleme der Einheitsfront

Von Contreras

Die wachsende internationale Solidarität und die Radikalisierung der Bauernmassen, des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums kamen in den letzten zwei Jahren in einer Reihe von bemerkenswerten Tatsachen zum Ausdruck.

Zahlreiche Massenbewegungen nahmen einen großen Aufschwung. Die verschiedenen internationalen und nationalen Kongresse gegen Krieg und Faschismus nehmen einen ausgesprochenen Massencharakter an. Die zu bestimmten Zwecken (Befreiung Dimitroffs, Thälmanns usw.) gegründeten Komitees mobilisierten und mobilisieren Millionen.

Im Zusammenhang damit erscheint es geboten, die Rolle und Tätigkeit der IRH einer ersten Prüfung und Kritik zu unterwerfen. Diese Kritik sollte in jeder Sektion der RH, in den Zentral-, Gebiets- und Ortskomitees, auf den

allgemeinen Mitgliederversammlungen und auch von unserer Presse geübt werden. Wir dürfen uns nicht nur etwa darauf beschränken, die Ereignisse zu vermerken; wir sollen darauf nicht nur in unseren Aktionen reagieren, sondern müssen auch neue Agitations- und Propagandaformen, neue Arbeitsmethoden, neue Organisationsformen finden, um unsere Kader zu stärken, unseren Einfluß zu erweitern und mit den rückständigsten Schichten des werktätigen Volkes eine organische und feste Verbindung herzustellen. Die Tatsache, daß wir noch immer auf die Ereignisse nicht genügend prompt reagieren, daß unsere Presse nicht die richtige Sprache zu den Massen gefunden hat, daß wir in der Anwendung neuer Arbeitsmethoden zu wenig Energie aufweisen, *beweist, daß unsere Verbindung mit den Massen schwach ist.*

Manche Genossen wollen den gegenwärtigen Organisationszustand der RH damit erklären, daß die Massen eine Bewegung, einen Kongreß oder ein Komitee einer ständigen Verteidigungsorganisation vorziehen. Und mit diesem Argument wollen die Genossen ihre eigene Passivität und die der anderen rechtfertigen. *Ein jeder, der an der Aktion eines Komitees, wie z. B. dem für die Befreiung von Thälmann, an einem Kongreß, wie der Frauenkongreß gegen Krieg und Faschismus, teilnimmt, kann für die RH gewonnen werden, wenn diese es versteht, sich ihm zu nähern und ihn zu gewinnen.* Diese Bewegungen gegen den Faschismus und den Krieg, diese Komitees für die Befreiung der politischen Gefangenen sollen die beste Grundlage zur Werbung hunderter und tausender Mitglieder sein. Die Rote Hilfe muß sich dabei stets als die aktivste und kampfbereiteste Organisation erweisen.

Wie werten wir in Wirklichkeit diese Einheitsfrontbewegung und unsere eigene Einheitsfrontbewegung vom organisatorischen Standpunkt aus? Hier einige Beispiele:

In den Vereinigten Staaten hat die ILD (RH) im Laufe der Kampagne für die Befreiung von Tom Mooney und Billings mit Hilfe anderer Organisationen einen Landeskongreß einberufen (1933). An diesem Kongreß nahmen 1000 Delegierte teil, die 723 Organisationen vertraten (Gewerkschaften, Kultur- und Sportorganisationen, Arbeitslose, Frauen und Jugend, Intellektuelle usw.). In derselben Periode berief die ILD Orts- und Bezirkskonferenzen zur Befreiung der Scottsboro-Neger ein, an denen tausende von Delegierten teilnahmen, die hunderttausende von Werktätigen vertraten. Im selben Jahr und im Jahre 1934 entwickelte sich in den Vereinigten Staaten die Aktion gegen den Faschismus in Deutschland, die *Millionen* mobilisierte. Während dieser Zeit hat die ILD mehr als 30 000 neue Mitglieder gewonnen. Bei Prüfung der statistischen Angaben findet man aber, daß kaum 10% dieser neugewonnenen Mitglieder in ihren Reihen verblieben.

Gegen Ende 1933 berief die kanadische RH-Sektion eine Konferenz gegen den Paragraphen 98 ein (ein Gesetzesartikel, der sich gegen jede revolutionäre Aktivität richtet), an der 1058 Delegierte teilnahmen. Der Sektion gelang es, gegen dieses Gesetz *500 000 Unterschriften* zu sammeln. Prüft man aber den organisatorischen Stand der RH Kanadas, so muß man mit Erstaunen feststellen, daß die Sektion dieselbe Mitgliederzahl aufweist, wie zur Zeit des Weltkongresses der IRH (November 1932).

Unsere englische Sektion hat einige Kampagnen gut durchgeführt und zehntausende Werktätige mobilisiert. In der Aktion für die Befreiung von *Tom Mann* und *Pollit* sammelte sie *100 000 Unterschriften*. Sie nahm aktiven Anteil an der deutschen und österreichischen Kampagne, mobilisierte hunderte von Gewerkschaftsorganisationen usw. Und dessen ungeachtet ist die Zahl ihrer Mitglieder geringfügig.

Unsere spanische Sektion führte große Kampagnen für die Befreiung der Bauern von Villa de Don Fadrique und Castilblanco, gegen das Gemetzel von Arnedo und Casac Viejas. Sie hat große lokale und Bezirkskongresse für die Amnestie einberufen, auf denen hunderttausende Werktätige vertreten waren. Und trotzdem zählt die Sektion, die 1933 37 800 Einzelmitglieder hatte, heute nur 29 000.

Wir haben hier vier legale Sektionen von Ländern herausgegriffen, in denen die RH selbst an der Spitze von Massenbewegungen steht. Wir können diesen Sektionen das Beispiel der französischen RH entgegenhalten, die nach einer Stagnationsperiode verstand, die Bewegung für die Einheitsaktion auszunutzen und die Einheitsfront auf der Grundlage der Solidarität zu verwirklichen, wobei sie in 5 Monaten 10 000 neue Mitglieder gewann und somit ihren Bestand um 33% erhöhte.

Seit dem Weltkongreß (November 1932) haben die IRH-Sektionen ihre Mitgliederzahl in den kapitalistischen Ländern um etwa 80 000 erhöht, während sie ihren Mitgliederbestand um mindestens 100% hätten erhöhen können und müssen. Aber auch bei dieser Erhöhung ist eine Tatsache festzustellen, die viel zu denken gibt: die legalen Organisationen haben ihren Mitgliederbestand um 20% erhöht, während die illegalen die Zahl ihrer Mitglieder verdoppelt haben. Hierbei muß man noch in Betracht ziehen, daß die stärksten Einheitsfront-Bewegungen und die größten Kampagnen gerade in den legalen Ländern sich entwickelten. Was für Folgerungen sind daraus zu ziehen?

Wir reagieren nicht sofort auf die Ereignisse und weisen nicht genug eindringlich auf die Notwendigkeit und Bedeutung einer ständigen Verteidigungsorganisation bei den Kämpfen der werktätigen Massen hin.

Statt die Initiative bei der Organisation von Bewegungen und Komitees für den Kampf gegen den Terror und die Klassenjustiz zu ergreifen, und hier die treibende Kraft zu sein, beschränken wir uns oft darauf nur festzustellen, daß wir eine Einheitsfront-Organisation sind. Auf diese Weise geraten wir ins Schlepptau dieser Bewegung und Komitees.

Wir verwechseln Agitation mit Propaganda, erklären nicht das Wesen, die Aufgaben und Ziele unserer Organisation und deshalb gelingt es uns nicht, *die neuen Mitglieder* in unseren Reihen festzuhalten oder *die Aktivisten* dieser Bewegungen und Komitees, *die wertvolle Kader für die Organisation der RH sein können*, zu gewinnen.

Während Millionen ihre Kampfbereitschaft gegen Terror und kapitalistische Justiz zum Ausdruck bringen, bleiben wir nur Tausende. Unsere Kader erneuern sich, wachsen langsam und die Fluktuation bleibt noch immer das Kennzeichen der ungenügenden Stabilität unserer Gesamtorganisation.

Die Emigrantenfrage

Von P. M.

Das Problem der moralischen und materiellen Hilfe für die Emigranten hat nach dem Hitlerumsturz in Deutschland nach der qualitativen und der quantitativen Seite hin eine ungeheure Ausdehnung erfahren. Gegen 60 000 Menschen haben Deutschland verlassen, wirtschaftliche und politische Emigranten. Die Emigration aus den anderen faschistischen und halbfaschistischen Ländern hat aber keineswegs aufgehört. Im Gegenteil. Groß war auch der Strom der Flüchtlinge nach den Wiener Februarkämpfen aus Oesterreich und größer noch scheint die

revolutionäre Emigration zu werden, die gerade dieser Tage nach dem heroischen Aufstand des spanischen Proletariats über die spanische Grenze flutet.

Die Lage der Emigranten.

In den ersten Wochen und Monaten nach Hitlers Machtübernahme war wenigstens formell der legale Aufenthalt deutscher politischer Emigranten in den «demokratischen» Ländern, wie Frankreich und der Tschechoslowakei möglich. Schwieriger lagen die Verhältnisse schon in den anderen kapitalistischen Staaten Europas; England schloß sich sogar hermetisch gegen deutsche Antifaschisten ab.

Seither hat sich die Situation überall ungeheuer verschärft. Während die wirtschaftliche Emigration, also vor allem jüdische Kaufleute und eine gewisse intellektuelle Elite, wie Professoren, Aerzte, Wissenschaftler, Rechtsanwälte usw. in den Asylländern allmählich gesicherte Unterkunft gefunden hat, steigt das Elend der werktätigen Emigranten ununterbrochen und gleichzeitig werden die Ausnahmemaßnahmen gegen die politischen Emigranten in jeder Weise ununterbrochen verschärft.

Die Ausweisungsbefehle häufen sich von Tag zu Tag. Es mehren sich die Fälle, in denen nicht nur aus Holland und der Schweiz, sondern auch aus der Tschechoslowakei und sogar aus Frankreich deutsche Antifaschisten direkt an Hitlerdeutschland ausgeliefert werden. In einigen Fällen, besonders was Holland betrifft, ist bekannt, daß die Ausgelieferten nicht mehr unter den Lebenden weilen. Nur zwei der neuesten Fälle dieser Art seien hier erwähnt. Der aus Holland an die deutsche Grenze gestellte Emigrant Kübler wurde am 30. 9. 34 von der Düsseldorfer Gestapo ermordet. Der Arbeiter Wenzel Ottmar, der von der französischen Polizei aus Straßburg über die Rheinbrücke nach Deutschland getrieben wurde, ist von der faschistischen Henkerjustiz geköpft worden.

Aber nicht nur, daß die Behörden der Asylländer selbst Emigranten verfolgen und ausweisen, sie dulden in vielen Fällen auch, daß Gestapo-Agenten unter dem Deckmantel privater Detektivbüros Emigranten bespitzeln, den Behörden des Heimat- und des Asyllandes denunzieren und manchmal sogar über die deutsche Grenze zu schaffen versuchen. In Zürich zum Beispiel befindet sich in der Bahnhofstraße 70 ein solches «Detektivbüro», das in der entsprechend getarnten Form der deutschen Gestapo untersteht.

In Frankreich z. B. besagt ein neuester Erlaß des Innenministeriums, daß politische Emigranten auch dann erbarmungslos ausgewiesen werden sollen, wenn sie, ohne sich in die innenpolitischen Verhältnisse Frankreichs eingemischt zu haben, einen organisatorischen Zusammenhalt unter sich versuchen. Das bedeutet, daß eine nur gegen Hitlerdeutschland gerichtete antifaschistische Tätigkeit unter Ausnahmegesetz steht, also Hitler direkt von seinen Feinden geschützt wird.

Seit dem Attentat von Marseille hat eine neue Welle von Ausweisungen eingesetzt. Das Asylrecht gilt immer offener nur noch für reiche Schieber, die sich für Geld nicht nur Besorgung von Papieren, sondern sogar die Staatsbürgerschaft jedes beliebigen Landes erkaufen können. Wo so etwas wie ein formelles Asylrecht noch besteht, wie zum Beispiel in der Schweiz, wird die Bewilligung des Aufenthaltes für politische Emigranten von einer hohen Kautions bzw. von reichen Bürgern abhängig gemacht, von einer Vorweisung von Geldsummen also, die politischen Emigranten selbstverständlich nicht zur Verfügung stehen.

Die verhältnismäßig geringe Anzahl von politischen Emigranten, die noch legal geduldet wird, ist nicht nur in politischer Beziehung völlig rechtlos, wird nicht nur bei dem geringsten Verdacht einer politischen Betätigung ausgewiesen, sondern erhält erst recht keine Arbeitsbewilligung, sodaß auch den legalen Emigranten von vornherein jede Existenzmöglichkeit genommen wird.

Was leistet die I. R. H.?

Riesengroß sind demgegenüber die Aufgaben der Roten Hilfe. Zu ihrem Aufgabenkreis gehört nicht nur die moralische Unterstützung, das heißt also die Abwehr der Spitzel, die Schulung und der Zusammenhalt der Emigranten, ihre

Einreihung in die internationale Solidarität, sondern vor allem materielle Hilfe.

Im allgemeinen haben die einzelnen Ländersektionen der IRH mit Erfolg die Organisierungen von Quartieren, die Besorgung von Freitischen und die Auszahlung von Unterstützungen an die einzelnen politisch anerkannten Emigranten durchgeführt. Sehr wichtig ist auch die ärztliche Hilfe für jene Antifaschisten, die infolge der erlittenen Mißhandlungen in schwer verletztem oder schwerkranken Zustand die deutsche Grenze überschreiten. Auch auf diesem Gebiet ist manches geleistet worden. Die IRH hat ja in der Frage der Emigrantenhilfe bereits eine 12jährige Erfahrung hinter sich, in welcher Zeit sie Riesensummen für die revolutionäre Emigration verausgabt hat. Zahlenmäßig sieht zurzeit das Bild der Unterstützung durch die Rote Hilfe ungefähr folgendermaßen aus:

700 deutsche Emigranten werden in der Tschechoslowakei, die gleiche Anzahl im Saargebiet, 350 in Holland und je 100 in den skandinavischen Ländern von der RH unterstützt. Die Rote Hilfe Frankreichs gewährt ständige oder durchlaufende Unterstützungen an viele Hunderte von Emigranten.

Hinzu kommen dann die Leistungen für die Emigration aus Oesterreich und seit neuestem aus Spanien. Erinnert sei nur die Unterbringung von 150 Kindern von Opfern des österreichischen Faschismus im Ausland und die Organisation der Transporte von Hunderten von Schutzbündlern nach der Sowjetunion durch die RH.

Man muß schließlich auch noch die Tatsachen in Rechnung stellen, daß innerhalb der bestehenden privaten oder halboffiziellen Flüchtlings-Unterstützungskomitees der verschiedenen Länder vielfach inoffiziell Rote Helfer tätig sind; die Rote Hilfe also auch hier indirekt Unterstützungsmaßnahmen durchführt.

Der Flüchtlingskommissar Macdonald.

Es entsteht hier die Frage, welche Rolle der sogenannte Hohe Kommissar für das deutsche Flüchtlingswesen beim Verwaltungsrat des Völkerbundes, der Amerikaner Macdonald, auf dem Gebiet der Emigrantenhilfe spielt. Will man seine bisherige 1½jährige Tätigkeit mit einem Satz charakterisieren, so kann man sagen, daß er nichts getan und daß seine Tätigkeit sich im wesentlichen auf «Empfehlungen» an die einzelnen Regierungen beschränkt hat. Nicht einmal die Frage eines vom Völkerbund autorisierten und von den Regierungen anerkannten Emigrantenpasses für diejenigen, die ohne Ausweispapiere flüchten mußten oder expatriert wurden, ist grundsätzlich geregelt. Die Auslieferung von Ausweispapieren ist nach wie vor im wesentlichen dem Gutdünken der jeweiligen Landesbehörden überlassen. Wo Flüchtlings-Unterstützungskomitees entstanden sind oder sich kleinere Gruppen von politisch gewöhnlich uninteressierten Auswanderern gebildet haben, da ist das nötige Geld nicht von irgend einer Regierungsseite, sondern gewöhnlich von privater Seite gestiftet worden.

Die soeben in London abgeschlossene Sitzung des Verwaltungsrates des Völkerbundes für das deutsche Flüchtlingswesen hat als eigentliches Resultat — eine neue Empfehlung des Herrn Macdonald an die Regierungen ergeben, nämlich die Empfehlung, man möge den bedürftigen Emigranten Ausweispapiere verbilligt oder umsonst übergeben, woraus ersichtlich ist, daß bisher nicht einmal eine unentgeltliche Legitimierung von Emigranten üblich war.

RH-Delegation bei Macdonald.

Anläßlich der genannten Verwaltungsratssitzung in London wurde dem Flüchtlingskommissar Macdonald von einer RH-Delegation ein ausführliches Memorandum mit Material über die Verfolgungen der Emigranten und mit folgenden konkreten Forderungen persönlich übergeben:

Volles Asrecht für alle antifaschistischen Emigranten, keine Auslieferungen und keine Ausweisungen, freie Einreise in alle Länder ohne Reisedokumente sowie uneingeschränktes Aufenthaltsrecht im ganzen Lande, Ausstellung eines international gültigen Ausweispapieres, sofortige Einstellung aller schwebenden Ausweisungs- und Auslieferungsverfahren sowie Freilassung aller verhafteten Emigranten, unentgeltliche Krankenkassenbehandlung verwundeter und erkrankter Flüchtlinge,

volles Recht auf Arbeit und Recht auf Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit und das Recht auf Teilnahme am politischen und gewerkschaftlichen Leben des Asyllandes.

In diesem Memorandum wurde auch darauf verwiesen, daß bisher nur ein einziges Land, die Sowjetunion, alle diese Forderungen zugunsten der politischen Emigranten verwirklicht hat, während die Forderung der Nichtausweisung oder der Freilassung verhafteter Emigranten für die Sowjetunion selbstverständlich überhaupt in Wegfall kommt. Das Memorandum ließ nicht im Unklaren, daß die Internationale Rote Hilfe für ein volles Asylrecht eine einheitliche Massenbewegung im Zusammenhang mit dem proletarischen Kampf zum Sturz des Faschismus wie bisher organisieren und steigern wird.

Die Unterhaltung mit Macdonald ergab, daß er die genannten Forderungen als «innenpolitische Einmischung in die Verhältnisse der einzelnen Staaten» empfand, weswegen er für sie in seiner amtlichen Eigenschaft als Völkerbundskommissar für das Emigrantenwesen nicht eintreten könne. Das vorgelegte Material über die Ermordung oder Hinrichtung nach Deutschland ausgelieferter Antifaschisten hatte aber immerhin das Resultat, daß Macdonald versprach, bei entsprechender rechtzeitiger Benachrichtigung von der bevorstehenden Auslieferung von Antifaschisten bei den betreffenden Behörden offiziell zu intervenieren. Er übergab der Delegation zu dem Zweck seine Adresse: Sentinell House, Southampton Row., London W. C. 1. Die Sektionen dürfen sich jedoch darauf nicht verlassen und müssen in jedem Falle der Auslieferungsgefahr den schärfsten und breitesten Kampf entfalten.

Unser Kampf um das volle Asylrecht.

In dieser Situation ist vor allem die Popularisierung unserer Asylrechtsforderungen durch eine ständige Pressekampagne, durch Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen aller Art in allen Ländern dringend notwendig. Es wird das zum Teil ungeheuerliche Material über Verfolgungen und Ausweisungen von Emigranten noch viel zu wenig veröffentlicht. Es ist eine systematische Sammlung und Auswertung dieses Materials durch alle unsere Sektionen am Platze. Die propagandistische Arbeit für das volle Asylrecht muß aber auch jeweils verbunden sein mit Sammlungen für die Emigranten, denn die RH kann ihre Aufgaben, wie alle anderen, nur mit Hilfe aller Schichten der werktätigen Massen erfüllen.

Es sind die verschiedensten Formen des Massenkampfes für die Rechte der Emigranten möglich. Einige Sektionen der IRH haben mit Erfolg eine Unterschriftenkampagne für das Asylrecht durchgeführt. In manchen Fällen, so z. B. in Holland, sind konkrete Fälle der Auslieferung nach Hitlerdeutschland in einer Flugschrift verarbeitet worden, die sich an die allerbreiteste Öffentlichkeit, an alle freiheitlich Gesinnten, wandte. Möglich ist auch die Einbringung eines Gesetzesentwurfes mit dem uneingeschränkten Asylrecht in den Parlamenten. Dieser Asylrechtsentwurf kann auf der Basis der Einheitsfrontbewegung sowohl an die kommunistischen als auch an die sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen gerichtet werden. Manchmal wird es auch möglich sein, sogar liberale Parlamentarier für diesen Gesetzesentwurf zum mindesten zu interessieren. In manchen Ländern ist auf diesem Gebiet durch parlamentarische Interpellationen im Falle konkreter Ausweisungsfälle schon eine bestimmte Vorarbeit geleistet worden.

Bei allen Einheitsfrontabkommen und in jeder antifaschistischen Einheitsaktion haben die Sektionen der IRH dafür zu sorgen, daß einer der Punkte des gemeinsamen Programms das volle Asylrecht ist. Diese Forderung ist tatsächlich für die allerbreiteste Einheitsfrontbewegung besonders geeignet, da ja die Verfolgung der Emigranten nicht nur Kommunisten, sondern Sozialdemokraten und unter Umständen auch eine christliche oder sogar bürgerlich-liberale Emigration betrifft.

Alle Aktionen für das volle Asylrecht können selbstverständlich nie für sich gesondert durchgeführt werden, sondern werden stets ein Teil des großen, allgemeinen antifaschistischen Kampfes gegen den Blutterror des Faschismus, gegen die Faschisierungstendenzen in jedem Lande, auch den sogenannten Asylländern, und gegen die drohende Kriegsgefahr sein.

AUS DER PRAXIS

Die Thälmann-Befreiungsaktion in der Tschechoslowakei.

Je mehr der Prozeß gegen Ernst Thälmann in die Nähe rückt, je mehr wächst auch das Interesse breiterer Schichten der Bevölkerung an der Befreiungsaktion. Wenn es auch den Anschein erweckt, daß die illegale Rote Hilfe nicht die Führung der Kampagne in den Händen hat, ist und bleibt sie doch der treibende Faktor in der Befreiungsaktion für Ernst Thälmann. Daß die Befreiungsaktion für Ernst Thälmann und alle politischen Gefangenen von allergrößter Bedeutung für den Kampf der werktätigen Massen gegen den Faschismus in allen Ländern ist, ist heute den breitesten Schichten der Arbeiterklasse klar. Deshalb ist auch die Teilnahme an unserer großen Aktion heute riesengroß. Es wird nicht nur über die Befreiung und eventuelle Verurteilung Thälmanns zum Tode diskutiert. Nicht nur mit großem Interesse verfolgen und erwarten die Arbeiter mit Spannung den Prozeß und seinen Ausgang, sondern aktiv beteiligt sich schon eine große Anzahl von Arbeitern an unserer Befreiungsaktion. Sei es, indem sie ihre Unterschrift geben, eine Krone für den Thälmannfonds spenden, Resolutionen ihre Zustimmung geben, Flugblätter und Zeitschriften mit vertreiben helfen, Losungen malen, oder sonstwie ihre Sympathie für die Befreiung Thälmanns irgendwie zum Ausdruck bringen. Tatsache ist, das durch unsere Mobilisierung es uns gelungen ist, breiteste Schichten der ganzen Bevölkerung aufzurütteln und zu mobilisieren.

Es wird immer getrommelt, sei es in der Presse oder in Versammlungen, durch Flugschriften oder malen von Losungen, Verkauf von Fondmarken und sonstigen Sammlungen, sowie Unterschriftensammlungen.

Eine neue Delegation wurde Anfang Oktober, die zu Beginn des Prozesses nach Deutschland fahren soll, vorbereitet. Öffentliche und Belegschaftsversammlungen werden durchgeführt, um auf breitester Grundlage die Delegation zu wählen. Eine große Unterschriften-

sammlung wurde eingeleitet. Die Unterschriften soll die Delegation mit nach Deutschland nehmen. Als Ziel wurde gesetzt mindestens hunderttausend Unterschriften. Mit der Unterschriftensammlung wird eine Geldsammlung zur Finanzierung der Delegation durchgeführt. Die ersten Erfolge brachte Prag. In den ersten zwei Tagen der Unterschriftensammlung wurden 1200 Unterschriften und 350 Kronen gesammelt. Einen genauen Ueberblick können wir heute noch nicht geben. Eine Tatsache aber ist, daß schon Tausende von Unterschriften und Hunderte von Kronen gesammelt wurden. Täglich wird in der Presse getrommelt und die Thälmann-Befreiungskampagne unterstützt. Auch Teile der bürgerlichen Zeitungen beteiligen sich an der Kampagne, wenn auch noch schwach.

Eine glänzende Agitation wird schon seit Monaten in den deutschen Grenzgebieten durchgeführt. An hohen Fabrik-schornsteinen, die weit bis in das deutsche Grenzgebiet sichtbar sind, ist in großen Losungen für die Befreiung Thälmanns gemalt worden. Photoaufnahmen auf Postkarten von diesen Schornsteinen wurden zu Hunderten in den deutschen Gebieten verkauft, und das Geld für den Thälmannfonds abgeführt. Auf den Kämmen vom Riesen- bis zum Isergebirge wurden kilometerlange Losungen für die Befreiung Thälmanns gemalt, die weit bis in das deutsche Gebiet sichtbar sind. Ballons mit Losungen für die Befreiung Thälmanns und aller politischen Gefangenen wurden bei entsprechender Windrichtung nach Deutschland gelassen. Deutsche Ausflügler, die in Sonderzügen sonntäglich nach den böhmischen Gebieten fahren, bekamen Flugblätter und Zeitungen in die Hand gedrückt, in denen zur Befreiung Thälmanns aufgefordert wird.

Trotz der Sabotage der sozialdemokratischen und reformistischen Gewerkschaftsführer ist es gelungen, in vielen Gewerkschafts-, Belegschafts- und öffentlichen Versammlungen Resolutionen und Proteste für die Freilassung Thälmanns durchzusetzen.

Weiter geht der Kampf für die Befreiung Thälmanns und aller politischen

Gefangenen. Eine neue Thälmannfonds-marke wurde zur Unterstützung des Thälmannfonds herausgegeben. Neue Komitees zur Unterstützung der Aktion werden in den Betrieben und Ortschaften gebildet. Wenn auch heute noch manche Schwächen in der Durchführung der Kampagne vorhanden sind, ist es doch sichtbar, daß wir Erfolge zu verzeichnen haben. Das zeigen die Unterschriften und Geldsammlungen, die Versammlungen und Proteste, sowie die immer größere Entfaltung der Kampagne zur Gewinnung neuer Anhänger für die antifaschistische Front.

In Verbindung mit der Thälmann-Befreiungsaktion führen wir den Kampf für alle politischen Gefangenen in allen kapitalistischen Ländern, führen wir den Kampf für das volle Asylrecht der politischen Emigranten, führen wir den Kampf für die Aufhebung des Rote Hilfe-Verbotes, für die volle Legalität der Arbeit der Roten Hilfe zur Unterstützung der Opfer des antifaschistischen Kampfes.

Mit der Losung: Holt Thälmann und alle antifaschistischen Kämpfer aus den Kerkern, rufen wir zum Sturm, führen wir die Schlacht und werden sie gewinnen!

Die Schulungsarbeit der Oesterreichischen Roten Hilfe.

Seit dem Februarblutbad sind der österreichischen Roten Hilfe viele Tausende ehemaliger Sozialdemokraten, revolutionäre Sozialisten (RS), Schutzbündler, Freigewerkschafter und Parteilose zugeströmt. Diese Massen junger, roter Helfer waren und sind mit den Problemen der RH nicht vertraut.

Viele von ihnen sahen in der Roten Hilfe eine **Wohltätigkeitseinrichtung**, deren Notwendigkeit sie wohl erkennen, der sie aber nicht den Wert einer **revolutionären, einer Klassenorganisation** zugestehen wollen. Manche Kreise stellen sich auf den Standpunkt, Kampf gegen den faschistischen Terror, Politik, falle in die Kompetenz der politischen Partei, nicht aber in die der RH. Manche mißverstanden die Bedeutung der **Ueberparteilichkeit**, verwechselten die RH mit apolitischen Organisationen und erklärten offen, daß sie einer unpolitischen Organisation nicht angehören wollen.

Unter gewissen Schichten des Proletariates herrschten Anti-Massenstimmungen, Abneigung unter den Massen, zu arbeiten und überhaupt Kleinarbeit zu leisten.

Andererseits war es dem Großteil der RH-Aktivisten unklar, wie eine **breite Massenorganisation** in der Illegalität aufzubauen sei, wie die Organisation vor dem Klassenfeind zu schützen und dabei die Verbindungen mit den Massen maximal auszubauen und zu befestigen sei.

Alle diese Unklarheiten, die steigenden Bedürfnisse der Organisation nach **qualifizierten Kadern**, die erhöhten Anforderungen der Illegalität nach Eigeninitiative der unteren Organisationseinheiten, was ohne richtige Kenntnis der Fragen, ohne theoretisches Verständnis der Probleme unmöglich ist, alle diese Umstände stellten die RHOe vor die Notwendigkeit, eine breite Schulungsarbeit zu entfalten.

Ende Mai wurde vom ZV der erste zentrale Wiener Eintagskurs mit etwa 20 Teilnehmern (höheren Funktionären) durchgeführt. Der Vormittag war dem politischen Teil gewidmet. Es wurden Wesen und Klassencharakter des Faschismus (und der «Demokratie»), der **politische** Sinn des faschistischen Terrors, die **politische** Bedeutung der proletarischen Solidarität, Rolle der RH, internationale Bedeutung der USSR und ihre Friedenspolitik, der Heimwehrafaschismus usw. behandelt. Nachmittags wurden die Fragen der Organisation durchgesprochen.

Der Kurs wurde nicht etwa «akademisch» geführt, indem der Referent die ganze Zeit sprach und die Schüler zuhörten. Es war den Leitern klar, daß die Schule nur dann fruchtbringend sein könne, wenn sie sich zu einem **kollektiven Werk** der Referenten und der Kursteilnehmer gestaltet. Frage und Antwort, kurze Darlegungen der Kursteilnehmer, Diskussionen und Beispiele aus der Arbeit machten den Kurs abwechslungsreich und trugen viel zur Klärung bei.

Die in diesem ersten Kurs gesammelten Erfahrungen nützten in bedeutendem Maße dem zweiten, zentralen Kurs für das Gebiet, der bereits drei Tage dauerte und an dem 23 Funktionäre-Mitglieder von Gebiets- und Landesleitungen teilnahmen. Hier konnten die Probleme umfassender behandelt

werden. Das System der Fragen und Antworten, der Anknüpfung an aktuelle Ereignisse konnte breiter angewandt werden.

Neben diesen bisher durchgeführten zwei zentralen Schulen finden laufend in den Gruppen drei Abendkurse statt, an denen die wichtigsten Gruppenfunktionäre teilnehmen. Aus Mangel an Referenten konnten breitere Kurse, auch für die einfachen Mitglieder noch nicht veranstaltet werden.

Um diesem Mangel abzuweichen, um die Funktionäre auf dem Laufenden zu halten und ihr politisches Niveau zu heben, gibt die RHOe **Lehrbriefe** heraus, von denen bisher neun erschienen sind. Die Lehrbriefe behandeln verschiedene Fragen, wie die Frage der **Massenverteidigung**, 12 Jahre IRH, Wesen der Agitation. Faschismus, Organisationsfragen usw. Diese Lehrbriefe haben einen solchen Anklang gefunden, daß bereits die dritte Auflage vergriffen ist!

Eine Reihe Direktiv-Briefe politisch-ideologischen Charakters, kritische Bemerkungen zu den von den unteren Organisationen herausgebrachten Materialien (Gebietszeitungen, Flugblätter usw.), mündliche Besprechungen mit den Instruktoren, Agitationsleitern und Redakteuren ergänzen die Schulungsarbeit durch Kurse und dienen ebenfalls zur Weckung der Selbstinitiative und der Hebung des politisch-theoretischen Niveaus der Aktivisten der RH, um so die Gesamtorganisation zu befähigen, die vor ihr stehenden schweren Aufgaben zu meistern.

Die schwedische Sektion auf dem Wege zur Massenorganisation.

Die Tatsache, daß die RH in den skandinavischen Ländern seit Jahresfrist eine sehr gute Entwicklung durchgemacht hat, zeigt, daß es von der Aktivität unserer Genossen auch in den anderen Ländern abhängt, ebenfalls gute Organisationen zu schaffen. Als Beispiel soll hier ein kurzer Ueberblick über den Aufbau der Organisation in Schweden, das mit 6 Millionen Einwohnern das wichtigste der skandinavischen Ländern ist, gegeben werden.

Die Gesamtmitgliederzahl belief sich noch im November 1933 auf etwa 450 und wuchs auf Grund der Anstrengung

der kurz vorher reorganisierten Leitung auf 850 bis Anfang März 1934 an. Die Monate Januar und Februar wurden dazu ausgenutzt, um in der Presse und in Flugblättern die RH politisch zu popularisieren. Mitte März nahm der Zentralvorstand als erste und wichtigste Aufgabe die Schaffung einer starken Ortsgruppe in Stockholm in Angriff. Die Thälmann-Kampagne war die politische Grundlage für diese Arbeit. Nur 45 Mitglieder in ganz Stockholm genügten natürlich nicht, um die Gesamtarbeit ohne Unterstützung leisten zu können. Der Zentralvorstand richtete in dieser Erkenntnis an die Leitungen einer Reihe proletarischer Organisationen eine Einladung zu einer Konferenz, in der die Erschienenen zusagten, die Agitation zu einer großen Kundgebung unter der Losung «Freiheit für Thälmann» zu unterstützen und auch einen Teil der Eintrittskarten zu vertreiben. Drei Wochen lang wurden jeden Tag die Ereignisse in Deutschland dazu ausgenutzt, um die Aufmerksamkeit der Werktätigen auf diese Veranstaltung zu konzentrieren. Durch Malen von Losungen an Säulen und Wänden, Plakatträger und drei verschiedene Flugblätter wurden diese Vorbereitungen gesteigert mit dem Resultat, daß der Versammlungsraum mit über 2000 Teilnehmern besetzt war. Die Kundgebung selbst war gleichfalls gut organisiert. Achtzig Werber waren über alle Teile des Saales verteilt, und wurden nach entsprechender Abwicklung der Tagesordnung eingesetzt. Resultat dieser Werbung: 342 Mitglieder. Die Erfassung dieser neuen Mitglieder wurde sofort durch eine Untergliederung des Stadtgebietes zu sichern versucht.

Den neuen Abteilungen mit ihren bis zu 75 Prozent parteilosen Mitgliedern galt es jetzt konkrete Aufgaben zu stellen. Das geschah erstens durch die Einteilung der Abteilungen in kleine Kassierergruppen (das Prinzip für Gruppen bis zu etwa 10 Mitgliedern ein Unterkassierer) und zweitens durch die gesteigerte Fortführung der Thälmann-Kampagne. Bis über den gerade in den skandinavischen Ländern traditionellen «Sommerschlaf» — sogar Gewerkschaftsmitgliederversammlungen finden in diesen Monaten nicht statt — gelang es nicht nur, diese neuen Roten Helfer in der Organisation zu halten, sondern durch die

weitere Werbung in öffentlichen Versammlungen, die in allen Stadtteilen mit Teilnehmern von 200 bis 2500 durchgeführt wurden, die Mitgliederzahl auf über 1300 in Stockholm zu steigern. Außerdem wurden durch die Bearbeitung der Ortschaften um Stockholm weitere 300 Mitglieder gewonnen. Als Ausgangspunkt zu diesen öffentlichen Versammlungen nahm man die österreichische Kampagne, Terrorurteile in Bulgarien usw.

Erst durch die Schaffung der Stockholmer Organisation wurde der Zentralvorstand in die Lage versetzt, neue Kräfte zu entwickeln und aus diesen Kräfte die Instrukteure heranzubilden, um das im Verhältnis zu seiner geringen Einwohnerzahl gebietlich sehr ausgedehnte Land gründlich bearbeiten zu können. Drei Instrukteure arbeiten zurzeit für den Zentralvorstand in den Bezirken Malmö, Göteborg und Kiruna.

Göteborg, früher die stärkste Ortsgruppe der schwedischen Sektion mit über 400 Mitgliedern, ist trotz sehr günstigen Voraussetzungen in der Arbeiterschaft nicht wesentlich vorwärts gekommen. Bei jetzt 450 Mitgliedern in der Ortsgruppe hat man sich zum Ziel gesetzt, bis zum 31. Dezember 1500 Mitglieder im Bezirk zu haben. In dem Bezirk Malmö, wo wir bisher einen geringen Einfluß haben (zurzeit wenig über 100 Mitglieder), soll diese Zahl auf 900 bis 31. Dezember gesteigert werden. Der Bezirk Stockholm soll am 31. XII. 3500 Mitglieder haben.

10 000 Mitglieder bis 31. XII. 1934 ist das Ziel für ganz Schweden. Die planmäßige Vorbereitung in Stockholm selbst, die theoretische Schulung der jungen unverbrauchten Funktionäre durch Kurse über die IRH und ihre geschickte Anleitung durch den Zentralvorstand bei der Durchführung der praktischen Aufgaben hat die Kräfte zutage gefördert, die die Träger der sehr großen, aber doch erfüllbaren Aufgaben sein können. Kr.

Die Arbeit der RH Polens unter den unterdrückten Nationalitäten

Da die nationalen Minderheiten und unterdrückten Nationalitäten ein Drittel der Bevölkerung Polens ausmachen, ist

die Arbeit der RH Polens unter diesen Schichten von großer Bedeutung.

Die RH Polens hat vom ersten Tage ihres Bestehens die Arbeit unter den unterdrückten nationalen Minderheiten in Angriff genommen. Um die Arbeit der RH in der Westukraine und in Westweißrußland mehr den Bedürfnissen dieser Werktätigen anzupassen und zum Kampf gegen Terror und nationale Unterdrückung die breitesten Kreise dieser Nationalitäten erfolgreicher mobilisieren zu können, wurden in diesen Gebieten die RH Weißrußlands und die RH der Westukraine gegründet. Diese Organisationen haben ihre eigenen Zentralkomitees, die unter Leitung des ZK Polens der RH große Initiative entfalten und ihre Agitation den spezifischen Verhältnissen der Bevölkerung anpassen. Die Literatur, Flugblätter, Zeitungen und sonstigen Materialien erscheinen in den Sprachen der unterdrückten Nationalitäten.

Illegalität und schwerste Bedingungen haben nicht vermocht, die RH von den Massen zu isolieren. In der Westukraine sind 40% der RH-Mitglieder Landarbeiter und Bauern, in Westweißrußland beträgt der Prozentsatz der Bauern 60%. Im Mittelpunkt der RH-Arbeit steht der Kampf gegen Terror, Strafexpeditionen usw. und die Hilfeleistung an die Opfer. Als die Strafexpeditionen vor einem Jahr im Bezirk GRODNO wüteten, wurden von den RH-Gruppen in den Dörfern Versammlungen unter freiem Himmel durchgeführt und 10 Hilfskomitees geschaffen. Die Mitglieder dieser Komitees führen in die von den Strafexpeditionen überfallenen Dörfer, stellen die zugefügten Schäden fest und sammeln Gelder für die Opfer. Nach einer gewissen Zeit haben sich diese Komitees in RH-Gruppen verwandelt.

Als eine sehr populäre Form der Massenarbeit werden Veranstaltungen auf dem Lande durchgeführt. Das Programm besteht aus Vorlesen revolutionärer Literatur, Musik, Gesang usw. Oft nehmen Bauern aus mehreren Dörfern, hauptsächlich die Jugend, an solchen Veranstaltungen teil. Die Einnahmen dieser Veranstaltungen kommen der RH und durch diese den Opfern des Terrors zugute.

Bei dem Begräbnis eines ermordeten Bauern in X las eine junge Bäuerin ihre selbstverfaßten Gedichte vor. Die Be-

mühungen der anwesenden Polizei, ihren Vortrag zu unterbrechen, mißlangen angesichts der Haltung der Massen.

Die RH-Gruppen organisieren Massenempfänge für die aus dem Gefängnis entlassenen Genossen. Es kommt vor, daß Bauern geschlossen einige Kilometer den freigekommenen Genossen zum Empfang entgegenziehen. Dieser gestaltet sich oft zu Demonstrationen, in deren Verlauf Ansprachen gehalten werden. In öffentlichen Versammlungen berichten dann die Entlassenen über die Lage der Gefangenen in den Gefängnissen.

Den Familien der Politgefangenen wird in ihren Wirtschaften geholfen. Sehr oft besäen die Bauern RH-Hektaren, deren Ertrag an die politischen Gefangenen gesandt wird.

In Westweißrußland züchten RH-Mitglieder Schweine, Gänse und Hühner für die politischen Gefangenen.

Die RH in der Westukraine und Westweißrußland führt einen energischen Kampf gegen Provokateure und Spitzel. Ihre Presse veröffentlicht Photos mit Personalbeschreibungen und fordert die Bevölkerung zum Boykott der Provokateure und Spitzel auf. Die Häuser der Provokateure werden mit Aufschriften bemalt: «Hier wohnt ein Provokateur!» usw. In den Dörfern der besetzten Gebiete ist der Haß gegen Provokateure und Spitzel so stark, daß die Bauern deren Getreide vernichten, ihre Speicher anzünden oder deren Feldfrüchte vernichten. Wenn sich Provokateure auf den Veranstaltungen zeigen, werden sie hinausgewiesen. Selbst in der Schule boykottieren die Schüler die Kinder der Provokateure und Spitzel.

Während des Lucker-Prozesses gab die RH der Westukraine die Reden der Angeklagten in Bulletins heraus. Weiter erschien eine Broschüre in ukrainischer Sprache. Der Kampf der RH der Westukraine und der RH Westweißrußlands wird von der RH Polens in breitem Ausmaß unterstützt. Während des Lucker- und Kobriner-Prozesses (Westweißrußland) organisierte die RH Polens im ganzen Lande Versammlungen, auf denen Protestresolutionen gegen die nationale Unterdrückung angenommen wurden.

Im Augenblick stellt die RH Polens den Kampf gegen die Konzentrations-

lager in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Dieser Kampf ist für die Westukraine und Westweißrußland von allergrößter Bedeutung, nicht nur, weil das Konzentrationslager Kartus-Bereza sich auf westweißrussischem Gebiet befindet, sondern auch weil 80 Prozent der Eingelieferten Werkstätige aus der Westukraine und Westweißrußland sind. R. S.



Diese Marke wird von der Roten Hilfe Schweiz in der Spanien-Aktion verkauft.

Die nationalen Kampagnen der südafrikanischen RH-Sektion.

Von Frank Walter.

Dank ihrer zahlreichen und mannigfaltigen Aktionen gegen den weißen Terror und den wachsenden Faschismus ist es unserer südafrikanischen Sektion, der «Ikaka La Basebensi», gelungen, ihren Einfluß auf immer breitere Massen der Eingeborenen und weißen Arbeiter auszuweihen.

Der Bericht der «Ikaka La Basebensi» (Internationale Arbeiter-Verteidigung) an die IRH über die Aktivität in den ersten sieben Monaten dieses Jahres gibt ein anschauliches Bild der von ihr geführten Landes- und internationalen Kampagnen.

Januar: Massendemonstrationen gegen die Verhaftung von Eoux, einem der hervorragendsten Führer der revolutionären Bewegung Südafrikas.

Februar: Massen-Delegationen zum Ministerium für Angelegenheiten der Eingeborenen mit Forderung auf Abschaffung der «Razzien-Polizei», der Paßämter (wo die Eingeborenen ihre «Straßenpässe» bekommen), auf sofortige Abschaffung der «Razzien-Autos» (eine niederträchtige Methode zur Verhaftung von Eingeborenen durch Polizeiwagen-Streifen in den Straßen) und auf das Recht der verhafteten Eingeborenen, Lebensmittel von außen zu erhalten.

März: Konkretes Resultat: Der Forderung auf das Recht der Beköstigung der Verhafteten von außen wurde stattgegeben. Es wurden weiter durchgeführt vor dem Paßamt drei Demonstrationen gegen die Razzien, Protestaktionen gegen die Verhaftung von Ramutla und Cheunyane — Führer der Arbeitslosen — und 17 anderer Genossen, die in den Kämpfen der Arbeitslosen verhaftet worden waren. Resultat: ein Teilsieg, nämlich Freilassung von 16 Arbeitslosen ohne Prozeß. Von den dreien, die vor Gericht kamen, wurden zwei freigesprochen und einer (Ramutla) verurteilt.

Im April, Mai, Juni und Juli hat die «Ikaka La Basebensi» zahlreiche Aktio-

nen zur Verteidigung von Eingeborenen durchgeführt, die auf Grund des schändlichen Steuer- und Paßsystems sowie anderer Sklavengesetze gehetzt und verfolgt werden.

Gleichzeitig mit diesen Kämpfen im Ortsmaßstab führte die Sektion in den genannten Monaten wie auch im August Massenaktionen für Thälmann und die eingekerkerten Antifaschisten sowie für die Scottsborojungen und Angelo Herndon durch. Am 19. August wurde eine breite antifaschistische Konferenz in Johannesburg abgehalten, auf der der Gewerkschafts- und Arbeitsrat sowie eine Anzahl anderer reformistischer Verbände und Ortsgruppen der Labour Party vertreten waren. Auch eine Reihe von Scottsboro-Protestkundgebungen wurden als Antwort auf die Lynchurteile des Obersten Gerichtshofes von Alabama durchgeführt.

Unsere afrikanische Sektion berichtet in Südafrika, daß von den jährlich verhafteten 350 000 Eingeborenen weniger als 15 000 wegen gewöhnlicher Kriminalvergehen vor Gericht kommen. Die übrigen werden wegen sogenannter «technischer Vergehen» ins Gefängnis gesteckt, so z. B. wegen Verstoß gegen das Paßgesetz, gegen die verschiedenen Municipalvorschriften, gegen die Kopfsteuerverordnung etc. Das ist das schändliche Register nationaler Unterdrückung der reaktionären südafrikanischen Regierung gegen die eingeborene Bevölkerung.

Die IKAKA führt einen täglichen mutigen Kampf gegen diese Massenverhaftungen, die in den Annalen der sogenannten «demokratischen» Länder beispieldlos dastehen. Trotz ihres kurzen Bestehens hat die IKAKA gelernt, auf die tägliche Unterdrückung und den Terror gegen die werktätigen Massen Südafrikas zu reagieren. Sie verbindet diese Kämpfe mit dem Kampf gegen den Faschismus, weißen Terror und nationale Unterdrückung in anderen Ländern. Vielen IRH-Sektionen, die unter weit günstigeren Bedingungen arbeiten, als unsere südafrikanische Sektion, kann diese rege Aktivität der «Ikaka La Basebensi» als Beispiel dienen.

DOKUMENTE

Eine Antwort der RH Spaniens an die Sozialistische Partei Spaniens

«Wir haben mit Erstaunen die Aufrufe gelesen, die «El Socialista» zur Unterstützung der Gefangenen» in den Nummern von 27. und 28. d. M. an die Arbeiter gerichtet hat.

Wir können nicht verstehen, wie in einem Augenblick, wo die Gefängnisse mit Arbeitern aller politischen Richtungen, Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten und Parteilosen überfüllt sind, und wo das ganze Proletariat mutig auf allen Fronten für die Forderungen der Arbeiter und Bauern kämpft, ein Aufruf zur Unterstützung nur eines Teils des revolutionären Proletariats erlassen werden kann.

Die IRH, die als Hilfsorganisation der Arbeiter und Bauern aller Richtungen täglich in zahlreichen Städten und Dörfern kommunistischen, sozialistischen, anarchistischen und parteilosen Arbeitern, die Opfer des Klassenkampfes wurden, Hilfe leistet, hat vor einigen Tagen den Organisationen der UGT und CNT, CGTU, der Sozialistischen Partei, Kommunistischen Partei, FAI und den Presos (Gefangenen)-Komitees, die gemeinsame Durchführung der Hilfe vorgeschlagen.

Auf diesen unseren Vorschlag antwortete das EK der Sozialistischen Partei, daß die Aktionseinheit auf dem Gebiete der Hilfsaktion und innerhalb der «Allianzas Obreras» verwirklicht werden könne, die auch den Kampf gegen Unterdrückung und Terror führt. Das EK der spanischen RH-Sektion, das mit allen Mitteln die gemeinsame Durchführung der Hilfe anstrebt, da die Unterdrückung sich nicht nur gegen eine Partei, sondern gegen die Arbeiter aller Tendenzen richtet, hat im Prinzip diesen Vorschlag angenommen und ihn zur Bestätigung ihren Bezirks- und Provinzkomitees vorgelegt. Wenn dieser Vorschlag einstimmig angenommen wird, wie wir es erwarten, wird die RH den Eintritt in die «Allianzas Obreras» durchführen.

Sozialistische und anarchistische Genossen! Können wir augenblicklich nur an einer Front des revolutionären Proletariats Hilfe leisten? Wir sind überzeugt, daß ihr ebenso wie wir die Notwendigkeit der Hilfe für alle unsere gefangenen Klassenbrüder einsehen werdet, da Reaktion und Faschismus ihre Angriffe nicht gegen eine bestimmte Partei, sondern gegen die revolutionäre Arbeiterschaft aller politischen und gewerkschaftlichen Tendenzen richten.

Angeichts der verschärften Unterdrückung schlägt das EK der RH Spaniens vor, wieder Aktionskomitees zu bilden, mit dem Ziel, als Einheitsfrontorgane der revolutionären Solidarität gegen Unterdrückung und Terror zu kämpfen.

Im gegenwärtigen Augenblick kann man zu einem Abkommen auf Grund einer einfachen Kampfplattform gelangen:

1. Unterstützung aller verhafteten Arbeiter.

2. Kampf für ein politisches Regime der eingekerkerten Arbeiter.
3. Gegen das Verbot der revolutionären Organisationen.
4. Gegen die Geldstrafen, die über Führer der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen verhängt werden, gegen Denunziationen, für Aufhebung des Verbotes der Arbeiterpresse.

Genossen!! Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten und Parteilose! Kann jemand gegen die Unterstützung der Gefangenen aller politischen Tendenzen, gegen den Kampf für ein politisches Gefängnisregime, den Kampf gegen das Verbot der Arbeiterpresse der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften und gegen die Geldstrafen für die Führer dieser Organisationen sein? Nein! Wir sind alle einig. Deshalb schlagen wir euch dieses kleine Programm vor, das noch erweitert werden muß und uns als Basis für das gemeinsame Solidaritätswerk dienen soll.

Werktätige! Die Rote Hilfe hebt das Banner der gemeinsamen solidarischen Hilfe hoch. Es kann keine Klassenunterschiede zwischen den gefangenen Arbeitern geben. Die einen dürfen nicht besser versorgt sein als die anderen. Alle bilden die Vorhut des revolutionären Kampfes, für alle müssen wir sorgen.

Werkstätige! Bei euren Spenden für die Gefangenen besteht auf gemeinsame Hilfe, auf gemeinsamen Kampf gegen Unterdrückung und Terror.

Das EK der spanischen Sektion der Internationalen Roten Hilfe!

(Erschienen in der Zeitung «Mundo Obrero» am 29. 9. 1934.)

Vom 10. bis 16. Dezember 1934 wird von der IRH eine

Solidaritätswoche für die spanischen Opfer

durchgeführt. Es sind in allen Ländern die größten Anstrengungen zu machen, die einheitliche Solidaritätsfront zu schaffen für die Opfer des spanischen Faschismus, die heroisch in der einheitlichen Kampffront gestanden sind. Sonntag, den 16. Dezember, d. h. der letzte Tag dieser Woche, soll ein

Gedenktag an die gefangenen Helden von Asturien

sein, und an diesem Tage müssen sich die Sektionen besonders auf Sammlungen für die Opfer konzentrieren.

Verantwortlich für die Redaktion: Willy Trostel, Zürich. — Verlag: Mopr-Verlag, Zürich. — Einzelpreis 20 Rp. Bezugspreis durch die Post vierteljährlich 80 Rp. — Auslieferung für die Schweiz: Rote Hilfe, Zürich, Josephstr. 148. — Druck: Unionsdruckerei Zürich. — Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: Mopr-Verlag, Zürich, Josefstr. 148.

Es sind wieder beziehbar:

Internationale Memoiren:

Schapowalow: Auf dem Wege zum Marxismus

Piatnizki: Aufzeichnungen eines Bolschewiks

Haywood: Unter Cowboys und Kumpels

Schapowalow: Illegal

Badejew: Die Bolschewiki in der Reichsduma

gebunden und broschiert

Interessenten wenden sich an Mopr-Verlag Zürich

Was jeder IRH-Funktionär in seiner Bibliothek haben muß:

10 Jahre Internationale Rote Hilfe

Resolutionen und Dokumente. 268 Seiten.

Entschlüsse

des Weltkongresses der IRH, Moskau, November 1932. 72 Seiten.

Protokoll des 1. Weltkongresses der Internationalen Roten Hilfe

(10.—24. November 1932 in Moskau) 272 Seiten.

Zu beziehen bei allen Sektionen der IRH oder direkt beim Verlag

M O P R - V E R L A G Z Ü R I C H

Mopr-Verlag Zürich - Paris

Früher sind erschienen:

«Angeklagter Hitler». Augenzeugen- und Tatsachenberichte aus Deutschland (vergriffen)	20 Rp.
Vor der Justiz des Feindes. Die juristische Hilfe der IRH	20 Rp.
Die Unbezähmbaren, von N. L. Wallin. Die Arbeiterjugend im Kampfe gegen weißen Terror, Faschismus und Krieg	20 Rp.
Die internationale Solidarität mit dem deutschen Proletariat. Die Hilfsaktion der IRH	10 Rp.
Der Stalin-Kanal (Weißes Meer-Ostsee). Ein Doppelsieg im sozialistischen Aufbau der Sowjetunion. Von G. Germanetto. Illustriert.	20 Rp.
Ein Gespenst geht um, von Theodor Balk. Tatsachenbericht aus Deutschlands Konzentrationslagern und Gefängnissen, mit Vorwort E. E. Kisch	20 Rp.
Clara Zetkins Ruf zur internationalen Solidarität aus Schriften Clara Zetkins mit einem Vorwort E. D. Stassowas und vielen Illustrationen	30 Rp.
Die Kantoner Kommune und der Kampf gegen den weißen Terror in den Kolonien und Halbkolonien	20 Rp.
Der Matteottifonds ist eine Waffe der Konterrevolution. Von G. Contreras	20 Rp.
Dimitroff. Sein kühnes Auftreten auf dem Prozeßverbrechen von Leipzig. Illustriert	30 Rp.
Und die Schuldigen regieren weiter. Reich illustrierte Broschüre über den Reichstagsbrandprozeß	30 Rp.
Die Werktätigen der Welt verteidigen die Arbeiterklasse Deutschlands. 14 Millionen Roter Helfer an der Solidaritätsfront	15 Rp.
Folterhölle Sonnenburg. Tatsachen- und Augenzeugenbericht eines ehemaligen Schutzhäftlings	30 Rp.
Verhindert den Mord an Ernst Thälmann, aus Kampf und Leben des Führers der deutschen Arbeiterklasse	20 Rp.
Galgen in Oesterreich. Der heldenhafte Aufstand des österreichischen Proletariats. Illustriert.	20 Rp.
Bei den Familien der Februarkämpfer in Wien. Erlebnisse der ersten Frauendelegation der IRH	20 Rp.
Kampf den imperialistischen Kriegshetzern. Zum 20. Jahrestag des Ausbruchs des imperialistischen Weltkrieges	20 Rp.
Frauen unter faschistischem Terror. Frauen in der Solidaritäts- und Kampffront!	20 Rp.
Gestapo. Tatsachenberichte aus den Kerkern und Konzentrationslagern Deutschlands	20 Rp.
Trotz faschistischem Terror illegal an der Solidaritätsfront. Die Rote Hilfe auf dem Kampfposten	20 Rp.
Die in den Kerkern Mussolinis sterben, von Romain Rolland	20 Rp.
Acht Werktätige vor dem Militärgericht. Die Selbst- und Massenverteidigung im Bukarester Eisenbahnerprozeß	20 Rp.
Koloman Wallisch. Das Leben und Sterben eines Revolutionärs	20 Rp.

Alle Schriften sind erhältlich in den Arbeiterbuchhandlungen, bei den Kolporteurern der Roten Hilfe oder direkt beim Mopr-Verlag, Zürich, Josefstraße 148